

Breslauer

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.



Zeitung

Nº 139.

Sonnabend den 17. Juni

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.
Heute erscheint der 14—18. (44—48.) Bogen des 2. Abonnementes von 30 Bogen:
Berlin Bogen 26. 27. 28. Frankfurt Bogen 19 und 20.

K. Breslau, 15. Juni.

Wir haben gestern zu zeigen gesucht, daß eine formelle Anerkennung der Revolution und des Verdienstes der Berliner Kämpfer keineswegs so überflüssig war, als man sie von gewissen Seiten darzustellen suchte. Wir fahren nunmehr fort, aus den angegebenen Gründen der Majorität die eigentlichen Beweggründe für die Verwerfung des Behrensschen Antrages herauszusuchen. Die eigentliche offizielle Begründung liegt in den Worten des Zachariäischen Antrages, und hieran werden sich passend die von den einzelnen Rednern angeführten Motive anschließen. Die Versammlung hält nach dieser Erklärung ein Eingehen auf den Behrensschen Antrag für überflüssig, weil das Verdienst der Kämpfer, denen wir in Verbindung mit der Zustimmung des Königs die Freiheit verdanken, unbestritten sei. Dieser Satz enthält zuvörderst eine entschieden unrichtige Behauptung. Das Verdienst der Berliner Kämpfer ist vielfach bestritten worden. Schon die erste königliche Proklamation nach dem Kampfe sprach von einzelnen Ausführern, durch welche die Berliner nur verführt worden seien. Verführt worden zu sein, kann doch aber wahrlich niemals für ein Verdienst gelten, und eine derartige Behauptung ist keine Anerkennung, sondern die entschiedenste Bestreitung eines Verdienstes. Die Berliner haben aber freilich von ihren Verführern sich nicht losagen mögen, sondern das süße Gift der Verführung in vollen Zügen fortgeschüttet, und so mußte wohl diese Auffassung offiziell wenigstens zurückgehalten werden. Bald darauf aber begann man in gewissen Kreisen mit einer hartenäckigen Absichtlichkeit immer nur von den Zugeständnissen des 18. März zu sprechen und unsere neue Freiheit allein von diesem Tage her zu datieren. Die „Zugeständnisse“ des 18. März, über deren Natur wir uns gestern ausgesprochen, waren aber vor dem eigentlichen Kampfe gemacht worden, und wenn sie die alleinige Quelle des Umschwungs der Dinge waren, so war der Kampf der Berliner unnötig, nutzlos, darum auch unsinnig, und am allerwenigsten verdienstlich. Wer erinnert sich weiter nicht der Schmähungen und Verächtigungen, denen kurze Zeit nach den Tagen der höchsten Begeisterung die Berliner Kämpfer besonders in den Inseraten der Zeitungen ausgesetzt waren! Und nach allen diesen Vorgängen glaubt die Nationalversammlung die Behauptung aussprechen zu können, daß ihr Verdienst unbestritten sei?

Wäre aber auch die That sache richtig, wie sie es entschieden nicht ist, so bleibt doch die Folgerung falsch. Also weil Jemand ein unbestrittenes Verdienst sich erworben hat, deshalb grade ist es überflüssig, ihm einen offenen Dank auszusprechen? Bisher ist im Staat und in der Gesellschaft grade das reine Gegenteil gebräuchlich gewesen. Oder will man etwa behaupten, daß alle diejenigen, welche mit Orden und Titeln belohnt wurden, Männer von bestrittenem Verdienste gewesen? Spart man im gesellschaftlichen Leben den Dank für einen Dienst so lange auf, bis derselbe zweifelhaft geworden? Es ist unmöglich, daß dieser angebliche Grund der wahre Beweggrund einer so intelligenten Versammlung gewesen sein kann. Ist das Verdienst der Kämpfer um die Freiheit unbestritten, so war es der Versammlung würdig, auch eine rückhaltlose Anerkennung auszusprechen, da die Veranlassung einmal gegeben worden. Ist es aber, wie es nach den oben erwähnten Erscheinung allerdings den Anschein hatte, zweifelhaft, so war es eine heilige Pflicht der Versammlung, sich offen über den Antrag auszusprechen, damit endlich alle diejenigen, welche im Geiste mit den Berlinern gekämpft und auf den Errungenschaften des Kampfes fußen,

darüber Gewissheit erlangten, ob die Mehrheit des Volkes mit ihnen stehe oder ob sie im Widerspruch mit dem Gesamtwillen des Volkes sich befänden.

Die Nationalversammlung kann dies nicht übersehen haben und wir müssen uns daher nach andern Gründen für ihr Votum umsehen. Vielleicht gibt uns der zweite Passus den erwünschten Ausschluß. Die Nationalversammlung geht zur Tagesordnung über, weil nicht das Aussprechen von Prinzipien, sondern die Vereinbarung der Versammlung ihr Veruf sei. Diese Prinzipienfurcht, diese Angst vor den Konsequenzen, welche man vielleicht aus einer umwundenen Anerkennung der Revolution folgern könnte, scheint in der That das Gespannt gewesen zu sein, welches die Versammlung in ehrlicher Ferne von den Behrensschen Anträgen und der Abgabe einer bestimmten Erklärung hielt.

Nun ist es wohl richtig, daß eine Volksvertretung nicht berufen ist, nur Prinzipien auszusprechen, ja daß sogar die möglichste Enthaltsamkeit von diesem Gebiete der reinen Theorie bei der Menge der praktischen Aufgaben dringend wünschenswerth ist. Wenn aber nach einem solchen Umschwunge, wie wir ihn jetzt erlebt haben, nach einer solchen Erschütterung des ganzen staatlichen Rechtsbodens, wie sie sich unmöglich weglegen läßt, zum ersten Male ein Volk in seiner Selbstständigkeit durch seine Vertreter auftritt, um ein neues Rechtsgebäude zu schaffen, wenn noch dazu der neue Boden für dieses Gebäude so schwankend und so bestritten ist, als in diesem Augenblick das Recht des preußischen Volkes: dann darf man doch wohl mit vollem Rechte verlangen, daß eine solche Versammlung klar und sicher vor allen Dingen den Standpunkt bezeichne, auf dem sie stehen und den Bau gründen will. Das ist hier kein leeres Theoretiziren mehr, das ist eine That, welche in die ganzen künftigen Verhandlungen Sicherheit und Klarheit bringen würde. — Da die National-Versammlung aber das Aussprechen eines solchen Prinzipes vorsichtig umging, so läßt sich eben nur annehmen, daß die Mehrheit über diesen einzunehmenden Standpunkt selbst noch nicht klar ist.

Das werden wir festhalten, darauf unsere Erklärung des Beschlusses, so wie unsere Hoffnungen für die Zukunft gründen müssen. Die Nationalversammlung hat zugegeben, daß wir dem Kampfe der Berliner unsere Freiheit verdanken, freilich in Verbindung mit der Zustimmung des Königs. Nehmen wir also an, daß der National-Versammlung unmöglich der Einfluß entgangen sein konnte, welchen eben dieser Kampf auch auf die Zustimmung des Königs haben mußte, und daß sie nur aus zarten Rücksichten die Berührung dieses Punktes vermied, so haben wir hier in verblüchter Sprache die Anerkennung, daß der Kampf der Berliner gegen die Organe der bestehenden Regierungsgewalt ein verdienstvoller, also doch wohl auch ein sittlich gerechtverdienter war, daß dieser Kampf uns die Freiheit, d. h. also ein völlig neues Staatsprinzip gebracht, ein Prinzip, welches die National-Versammlung anzunehmen kein Bedenken getragen hat. Wir sehen also alle Attribute der Revolution dem Berliner Kampfe von Seiten der National-Versammlung zugeschrieben, nur der Name fehlt, die Anerkennung der Revolution, nur das bestimmte Bekenntnis zu dem fehlt, was die National-Versammlung in gewisser Art als unbestritten und unbestreitbar voraussetzt. Man kann also der Majorität der Nationalversammlung weniger feindselige Gesinnung gegen das in der Revolution errungene Recht des Volkes, als Unklarheit und was damit immer verbunden ist, Furchtsarkeit, Schwanken und Halbhheit zum Vorwurfe machen. Man darf sich sogar vielleicht noch der Hoffnung hingeben, daß eine spätere Abstim-

mung über denselben Gegenstand, wenn auch in anderer Verbindung und in anderer Form, zuletzt doch noch zu einer bestimmten Anerkennung der Revolution und des Volksrechtes führen könne.

Bliebe uns Raum genug übrig, um auf die Neuflügelungen der einzelnen Abgeordneten, welche gegen die Behrensschen Anträge sprachen, näher einzugehen, so würden wir die Behauptung bestätigt finden, daß meist nur Unklarheit und mancherlei Besorgniß die Abstimmenden leiteten. Wir würden finden, daß Behauptungen, wie z. B. die Versammlung stelle sich auf den Boden der Revolution, sie erkläre die Revolution für permanent, daß ferner Ausdrücke, wie „Prinzip der Revolution“, „Volksouveränität“ ohne jede bestimmte und scharfe Umgränzung des Inhaltes gebraucht werden und daß eigentlich der Versammlung bei allen diesen Vorstellungen mehr das dunkle Schreckbild einer fortbauernden gewaltigen Revolution mit all ihrem Geleite von Anarchie, wohl gar von Schafot und Guillotine als die klare Idee eines neu in das Staatsleben getretenen und durch die Versammlung nunmehr zu fixirenden Rechtsprinzipes vorschwebte. Gelingt es der Minorität, diese dunklen Vorstellungen ihres Schreckens zu berauben und sie auf die einfache klare Idee der Vollberechtigung des Volkswillens zurückzuführen, gelingt es ihr, die Majorität zu überzeugen, daß diese Berechtigung des Volkswillens, oder wenn man will, die Volksouveränität, mit Republik, volligem Umsturz aller Rechtsverhältnisse oder wohl gar mit einer Reihe auf einander folgender gewaltiger Revolutionen durchaus in keinem Zusammenhange steht, daß sie vielmehr der einzige wahre Gedanke der Zukunft, die einzige mögliche Grundlage des zukünftigen Staatslebens ist, so wird gewiß ein Theil der jüngsten Rechten seine Furcht ablegen, und durch rückhaltlose Anerkennung der Revolution mit allen ihren Folgerungen auch den allein möglichen Weg zur raschen und sicheren Herbeiführung eines gesetzlichen Zustandes einschlagen.

Preußen.
Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Berlin, 15. Juni. Die 16te Sitzung beginnt, unter Milde's Präsidium, um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr mit Verlesung und baldiger Annahme des Protokolls. Alle Minister, bis auf Gr. Schwerin, v. Arnim und Gr. Canis, sind auf ihren Plätzen. Der Präsident läßt ein Schreiben lesen, welches er am 15. an das Commando der Bürgerwehr gerichtet, über den Seitens der letzten der Versammlung etwa zu gewährrenden Schutz. Der einstweilige Befehlshaber der Bürgerwehr, Major Besson, batte um 10 Uhr auf dem Rande bemerkt: „Nach Lage der Dinge bin ich nicht im Stande, irgend eine Garantie zu übernehmen. Die Bürgerwehr ist bestellt, ob sie aber erscheinen wird, weiß ich nicht, noch weniger, ob sie ihrer Pflicht genügen werde.“ (Die Versammlung war bei Verlesung dieser Randbemerkung wiederholentlich in allgemeines Gelächter ausgebrochen.) Um 11 $\frac{1}{4}$ hatte der Major Besson nachträglich angezeigt, daß das 4., 5. und 7. Bataillon freiwillig die Besetzung übernommen.

Minister-Präsident Camphausen: Mit Hinblick auf die gestrigen Ereignisse, wobei sich die Unzulänglichkeit der Bürgerwehr herausgestellt, habe die Regierung folgende drei Anordnungen getroffen: 1) ist die Landwehr der drei Berliner Bataillone sofort einzuberufen, um mit der Bürgerwehr, als Berliner mit Berlinern, zu wirken; 2) wird die Reorganisation

der Bürgerwehr mit den städtischen, mit den Matjoren, Hauptleuten und Zugführern auch noch heute eingeleitet und einst weilen von dieser ein Befehlshaber gewählt werden *); 3) ist dem Magistrat eröffnet, daß eine geeignete Schutzwehr errichtet werde, welche den Polizeidienst gemeinsam mit der Bürgerwehr versehen solle.

Mr. Jung: Das Schreiben des Präsidiums an den Befehlshaber der Bürgerwehr stehe im Widerspruch mit den gestrigen Beschlüssen. Da die Nationalversammlung als solche von den gestrigen Vorfällen nicht berührt worden, so sei das Schreiben auch ganz überflüssig. Eine große Schutzmaßtakt wolle die Versammlung auch nicht für sich aufstellen, und daher beantrage er, daß das Präsidium sich die Bedeckung der Bürgerwehr verbiete. (Beifall.)

Mr. Uhlich beantragt, daß die neuerlich angeordneten Maßregeln zur Bewachung des Sitzungssaales aufgehoben werden. Da die Versammlung die sofortige Berathung dieses Antrags beschließt, so begründet ihn Mr. Uhlich. Er habe sich beengt und beschämmt gefühlt, als er durch die Massen von Bewehrten aus- und eingegangen sei. Die Abgeordneten stehen auf dem Boden des Vertrauens, wäre das nicht, so müßten sie eine förmliche Leibwache bis zu ihrer Wohnung erhalten. Über die Vorfälle am 9ten müsse man zudem mit großer Schonung urtheilen, denn die damalige Missstimmung sei nicht erklärlich. Er, der auch sein Ja für die motivierte Tagesordnung gegeben, beantrage schließlich: „Die Versammlung wolle erklären, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich vertrauenvoll dem Schutze des Berliner Volks übergebe.“ (Beifall.)

Mr. (Pastor) Müller unterstützt den Antrag. Seine Rede wird durch Lärm und Gelächter fast unverständlich. Er erklärt unter Anderm, daß er ein Mann sei, der nichts wolle und nichts fürchte. — Mr. Sydow, welcher am 9ten bekanntlich mishandelt worden war, sucht den Angriff damit zu rechtfertigen, daß man geglaubt, er habe seine Farbe gewechselt. Er wünsche, daß man nicht mehr auf die Sache in der Versammlung zurückkomme. Mr. Elsner beantragt den Schluss der Debatte. Mr. Esser I. spricht gegen den Schluss und gegen den Antrag. Mr. Elsner: Wenn die Berliner uns wirklich überfallen wollen, so reicht weder die Bürgerwehr noch eine Militärmacht aus. Kommen wir daher der Masse des Volks mit Vertrauen entgegen. Das Volk wird dafür dankbar sein und es wird kein Excess vorkommen. Vielleicht sind deshalb gerade Muthwilligkeiten verübt worden, weil der Saal beständig ernirt war. Bei der jetzt folgenden Abstimmung wird Uhlichs Antrag mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Mr. Abegg beantragt die Niedersezung einer Commission von 24 Mitgliedern, welche einen Gesetzesvorschlag über allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer vorbringe. (An die Abtheilung.) Herr Rodbertus macht einen Antrag: einen Gesetzentwurf über Volkswehr auszuarbeiten und ihn, nach der Berathung, der Krone zur Erklärung einzulegen. (Herr R. hatte seinen Antrag zurücknehmen wollen. Da ihn Mr. Reuter aber dann aufzunehmen zu wollen erklärte, so stand er davon ab. Der Antrag geht an die Abtheilung.)

Herr Wachsmuth beantragte, daß sofort aus der Versammlung eine Commission niedergesetzt werde, welche vor allen andern Gegenständen eine Verfassung entwerfe und dann zur Berathung vorlege. Der Antrag fand eine große Unterstützung und gelangte zu sofortiger Berathung, nachdem bei der durch Zählung vorgenommenen Abstimmung sich 166 dafür und 165 dagegen erklärt hatten.

Herr Esser I. nahm einstweilen den Vorsitz ein. Herr Wachsmuth begründete jetzt seinen Antrag, für dessen Dringlichkeit und Eile er auch die Ereignisse der letzten Tage anführte. Die Versammlung müsse zur Förderung und Festigung der Ruhe beitragen, was durch Adressdebatten und sonstige derartige Kundgebungen unmöglich erreicht werden könne; und das Geschäftigen mit dem Verfassungs-Entwurfe, der Grundlage des ganzen neuen Staatsrechts sei ein Beweis für das aufrichtige Streben der Versammlung, welche dem Lande zu zeigen habe, daß ihre eigene Unverlässlichkeit ihr nicht so hoch stehe, wie die Erfüllung ihres recht eigentlichen Berufs. Uebiengens trete er (der Redner) dem Antrage bei, wie ihn der Abgeordnete von Berlin, Herr Waldeck, bereits auf die Tagesordnung gesetzt hat, und er gebe seinem Antrage nunmehr folgenden Wortlaut: „die Plenar-Versammlung tritt sofort in Abtheilungen, welche je 3 Personen aus ihrer Mitte, im Ganzen also 24 Personen zu einer Commission ernannt, um dieser unter Zufertigung des Regierungs-Entwurfs und Mitteilung aller auf die Verfassung bezüglichen Petitionen und Anträge, dessen Umarbeitung resp. Ausarbeitung eines neuen Entwurfs aufzutragen, den also ausgearbeiteten Entwurf in den Abtheilungen zu berathen und durch die Verfa-

sungs-Kommission vor das Plenum der Versammlung zu bringen. Herr Waldeck, welcher die Vereinigung des Wachsmuth'schen mit seinem Antrage billigte, entwickelte, wie schwer es sei, in großen Versammlungen zu berathen und wie wünschenswerth es erschine, eine Redaktions-Commission zu ernennen, welche die Arbeittheile, so daß verschiedene Mitglieder Referate übernahmen u. s. w. Ein solcher Weg sei in Ländern, welche der Entwerfung von Verfassungen kundig seien, befolgt und von den größten Staatsrechtslehrern, wie Dahlmann, empfohlen worden, Ministerpräs. Camphausen fragte an, was denn aus dem der Versammlung am 22. Mai bereits vorgelegten Verfassungsentwurf geworden sei. Der Vicepräsident Esser erwiederte, daß er nur als Vorsitzender der 6. Abtheilung berichten könne. Dort sei die Berathung darüber heute begonnen worden. Der Ministerpräsident Camphausen:

Die Regierung müsse wünschen, daß die Versammlung sich über den vorgelegten Entwurf ausspreche und zwar eine Ansicht äußere, wie sie aus den Berathungen der Versammlung hervorgehe und sich in ihr ermittelte lasse. Er müsse gestehen, daß die in der Hälfte des Juni plötzlich angeregte Beschleunigung nicht genügend gerechtfertigt sei. Mr. Nees v. Esenbeck: Er habe früher bereits einen neuen von einem volksthümlichen Gesichtspunkte aus aufzunehmenden Verfassungsentwurf beantragt, ein Antrag, welcher noch jetzt in den Abtheilungen stecke. Der Grundgedanke seines Vorschlags müsse aber bleiben. Die Versammlung sei hier auf eine Weise berufen, wie noch nie eine Volksversammlung vor ihr. Die Abgeordneten seien demnach hierdurch das ganze Volk und müßten das Bewußtsein haben, daß die Revolution noch mit ihnen lebe; sie haben Grundsätze aufzustellen und die soziale Idee in die Verfassung aufzunehmen; sie haben den Beruf, das vorzugsweise in das Auge zu fassen, die allgemeine Noth des Volkes zu berücksichtigen, die Elemente zu verarbeiten, welche dem Volke die Zuversicht geben, daß ihm geholfen werden könne. Die Verfassung müsse überhaupt ein humanes Dasein bekunden, während der vorgelegte Entwurf den Standpunkt der Übersicht einnehme, wobei ein Übersehen möglich sei. Wenn die National-Versammlung dem Volke seine Bürgschaften nicht zur Ansicht bringe, so werde die Bewegung, man nenne sie nun Revolution oder anders, ihren blutigen Weg über uns nehmen. (Lebhafte Beifall zur Linken.) Herr Jung schlug ein kurzes unerhebliches Amendment zu dem Wachsmuth-Waldeck'schen Antrage vor. Der Finanzminister Hansemann sagte: der vereinigte Antrag bezwecke die Beschleunigung des Verfassungszwecks, erstrebe also ein Ziel, welches die Regierung am Meisten wünsche. Zur Erreichung des Ziels gebe es aber einen einfachen Weg und es liege die Beschleunigung darin, daß Alles, was materiell auf die Verfassung sich beziehe, mit dem Regierungs-Entwurf in der Hand, von von den Abtheilungen besprochen und dann eine Kommission ernannt werde. — Diese werde ihre Berichte machen und das vollständige Werk der Plenarberathung vorlegen, weshalb sich die Abtheilungen jetzt vor Allem beeilen mögen. Herr Garassowitsch schlug ein Amendment vor, welches in den oben bemerkten Antrag eingeschaltet. Mr. Lenzing spricht dagegen. Mr. Schlink: wenn man eine Verfassung vereinbare, so müsse man der Krone auch die Initiative einräumen (Zeichen der Vereinigung), die Versammlung daher an den Regierungs-Entwurf anzuknüpfen. Das Land befindet sich dermalen in einem provisorischen Zustande, auch anderwärts herrsche Aufregung und nur mit der Vollendung der Verfassung werde überall Gesetz und Ordnung zur Herrschaft gelangen. Herr Pilet: Wenn die Versammlung anerkenne, daß sie der Ausdruck des Gesamtwillens im Volke sei, so müsse sie auch die Verfassung aus sich herausarbeiten. Im Interesse der Zeitersparnis und der Freiheit der Abtheilungsberathungen stimme er gegen den Antrag. Herr Reichenberger widerspricht dem Antrage und allen Amendements, indem neben dem Regierungs-Entwurf kein anderer Entwurf auftreten müsse. Die Verweisung auf Dahlmann, welche der Mitantragsteller vorgebracht, passe nicht, da er den Entwurf einer Verfassung für das künftige deutsche Reich im Auftrage der Vertrauensmänner, also einer neben der vollziehenden Gewalt vorübergehend eingesetzten Körperschaft ausgearbeitet habe. Kommissionen arbeiten überhaupt nicht schnell, wie man dies an der Adress-Kommission sehen könne, welche schon 14 Tage beschäftigt sei.

Herr Grabow berichtet als Vorsitzender der Adress-Kommission, daß diese die einzelnen Minister zu hören gehabt, und dadurch ihre Arbeit verzögert habe. Diesen Abend geben die Minister des Innern und des Krieges die letzten Aufschlüsse, und morgen hoffe die Kommission ihre Arbeit einreichen zu können.

Herr Weichsel erkennt die Eile bei der Vorberathung der Verfassung an, will aber auch, daß in den Abtheilungen alle Hauptgrundsätze besprochen werden müssen, ehe an Niedersezung einer Kommission zu denken sei. Als Schema könne man doch alle Entwürfe nur ansehen und das Schema sei ja gleich. Die Versammlung

müsste den Standpunkt der Zweckmäßigkeit festhalten und d'rauf bestehen, daß vor Allem erst in den Abtheilungen der Entwurf durchgesprochen werde. (Anhaltender Ruf nach dem Schluss der Debatte.) Präsident: Es sind noch 16 Redner eingeschrieben. (Neuer stürmischer Ruf nach dem Schlusse.) Herr d'Ester erhebt sich gegen den Schluss, weil noch Niemand für den Gegenstand gesprochen. Nicht umsonst sei der Antrag jetzt gemacht, da er zur Beruhigung der Hauptstadt gereichen solle. Herr Meyer berichtet, daß Herr v. Esenbeck allerdings lange zur Unterstützung des Antrags gesprochen. Die Versammlung entscheidet sich darauf für den Schluss der Debatte. Herr Waldeck erhält nun dem Gebrauch gemäß als Antragsteller das Wort. Er bestätigt die hier gemachten Einwürfe und meint, daß sein und Wachsmuth's Antrag lediglich die Vereinigung der Gründlichkeit und Schnille bezwecke. Das Volk könne ungeduldig sein und endlich verlangen, daß ein ordnungsmäßiger Zustand eintrete. Letzterer würde aber darin, daß alle unsere staatlichen und gemeinheitlichen Einrichtungen mit der „Revolution“ in Einklang gebracht werden. Man müsse daher von unten an mit der Gemeinde anfangen, die Feudalrechte zertrümmern, wil man sonst auf Sand bauie. Das Discutiren einzelner Paragraphen führe nicht zum Ziele. Ein außergewöhnliches Material liege bereits in mehr als tausend Bittschriften vor; diese bezeichnen den Krebschaden, woran das Land leide und welchen man nur heilen könne, wenn man eine entsprechende Verfassung mache. Wenige müssen abgeordnet werden, damit sie den Gegenstand zur Debatte und Abstimmung vorbereiten. Was übrigens das Citat Dahlmanns betreffe, so habe er (der Redner) nicht den letzten mißglückten Verfassungsentwurf desselben im Auge gehabt, sondern den Ausspruch, welchen jener Gelehrter als Politiker gethan. In Frankreich habe man übrigens auch den Weg der Kommission eingeschlagen. Der Entwurf einer Verfassung müsse auch auf die Gemeinde- und Gerichtsverfassung Rücksicht nehmen. Den Abtheilungen werde es an Arbeitern nicht fehlen, da die Kommission sie sowohl von dem Gange der Verhandlungen als ihrer Beschlüsse benachrichtigen wird. Habe die Kommission eine reife Arbeit geliefert, so gehe sie an die Abtheilung, um dort geprüft zu werden.

Der Ministerpräsident v. Camphausen. (Ruf: zur Abstimmung, zur Geschäftsordnung ic. Präsident. Die Minister müssen jederzeit gehört werden): Die materielle Kritik habe sich hauptsächlich auf 2 Punkte erstreckt, einmal daß der Entwurf der Regierung die Gemeindeordnung nicht enthalte und nichts über die Feudallasten festseze. Beide Gegenstände werden aber, wie bereits mitgetheilt, in besondern Gesetzen vorgelegt werden: die Beschleunigung der Sache werde aber durch den vorliegenden Entwurf keineswegs erreicht. Herr Waldeck: die bereiteten Gesetze sollen auch nicht weitläufig, sondern nur nach ihren Grundzügen in die Verfassung aufgenommen, die Gesetze selbst aber müssen noch von dieser Versammlung berathen werden. Herr Wachsmuth will nun als Mitantragsteller reden, die Versammlung gestattet ihm aber das Wort nicht. Es wird nur zur Abstimmung geschritten und von Herrn Behnsch der namentliche Aufruf vorgeschlagen. Mehr als 30 Mitglieder treten bei und so wird die namentliche Abstimmung ausgesprochen. Darüber erhob sich ein gewaltiger Lärm, Herr Behnsch will seinen Antrag zurücknehmen, worauf, da schon Beschluss gefaßt, der Präsident nicht eingeht. Der Namens-Aufruf erfolgt nun durch den Schriftführer Schneider und das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: für Ja haben 188, für Nein 142 gestimmt, der Wachsmuth-Waldeck'sche Antrag ist daher mit einer Mehrheit von 46 Stimmen angenommen. Von den schlesischen Abgeordneten stimmten für Ja: Dr. Behnsch (Waldburg), Dr. Beisert (Lauban), Brendel (Löwenberg), Bill (Breslau), Bumbke (Oppeln), Chrutz (Kratzow), v. Damitz (Reichenbach), Dierschke (Oblau), Dietrich (Schulze, Gläser Kreis), Ebel (Frankenstein), Eichner (Guhrau), Dr. Elsner (Hirschberg), Nees von Esenbeck (Breslau), Friedrich (Neustadt), Haumann (Glatz), Hausmann, Bauergutsbesitzer (Hoyerswerda) Heisig (Hatzelschwerdt), Hepke (Schweidnitz), Hermann (Sprottau), Hiller (Neumarkt), Jander (Neisse), Igel (Nimpisch), Kiolbaa (Tost-Gleiwitz), Krause (Sagan), Laraff (Rothenburg), Mäye (Dels), Mildner (Beuthen), Mros (Gr. Strehlitz), Müller (Wohlau), Nickel (Grottkau), Otto (Liegnitz), Pape (Münsterberg), Peterek (Ratibor), G. Reichenbach (Falkenberg), Rybník (Rybník), Salut (Volkenhain), Schaffranek (Beuthen), Schell (Steinbau), Schiller (Landshut), Schön (Pleß), Schöne (Grüneberg), Schulz (Sorau), Siegert (Strelitz), Skiba (Neustadt), Stalling (Freistadt), Dr. Stein (Breslau), Leichmann (Schweidnitz), Lieke (Militsch), Löbe (Namslau), Voigt (Görlitz), Wandler (Striegau), Willerberg (Liegnitz), Zimmermann (Lauban), Born (Wartenberg).

* Diese Wahl ist am 15. Nachmittags vorgenommen und auf den Artillerie-Major a. D. Nimpler gefallen.

Mit Nein haben nur gestimmt: Dethloff (Fauer), Kruhl (Leobschütz), Kuken (Neisse), Müller (Brieg), Schön (Oppeln). Es fehlten: Hofferichter und Kusner (Glogau), Mrozik (Pleß), Menstel (Gleiwitz), Pinder (Breslau)*, Rehfeld, Stiller und Uteck. Schluss der Sitzung 4½ Uhr. Morgen Sitzung 12 Uhr.

Berlin, 15. Juni. [Nichtamtlicher Artikel des Staats-Anz.] Der Herr Finanz-Minister hat nachstehende Verfügung an die königlichen Regierungen erlassen, um in Betreff der Domainen-Einsassen möglichst bald die Streitigkeiten zu beenden, welche die jetzige Laudemien-Gesetzgebung hervorruft: „Die Laudemien und sonstigen Besitzveränderungs-Abgaben sind in vielen Landesteilen eine Quelle zahlreicher Prozesse geworden. Die Spruchbehörden haben die verschiedensten Ansichten über diesen Gegenstand; in keiner Rechtsmaterie herrscht eine so große Unsicherheit und Ungleichheit in dem Erfolge der Prozesse und Ablösungen, wie bei den Laudemien. — Das Gouvernement richtet bei der jetzigen Revision der Agrikultur- und Ablösungsgesetze seine Aufmerksamkeit vorzugsweise dahin, diesem Zustand ein Ende zu machen, die zweifelhaftesten Prozesse zu beseitigen und durch billige Ablösung den Grundbesitz von diesen lästigen Abgaben zu befreien. Ein Gesetz-Entwurf darüber wird vorbereitet. — Bis dahin, daß dieser Entwurf Gesetzeskraft erlangen kann, muß die Domainen-Verwaltung in Rücksicht auf die dem Fiskus zustehenden Besitzveränderungs-Abgaben Bedacht nehmen, den Streitigkeiten vorzubürgern, welche aus der fortwährenden Anwendung der bisherigen Grundsätze auf die vorkommenden Besitzveränderungsfälle sich ergeben. Da nun die Provokation auf Ablösung nach richtiger Auslegung der Gesetze die Wirkung hat, daß von den Besitzveränderungen, welche nach Mittheilung des Ablösungs-Antrages an den Pflichtigen, eintreten, keine Laudemien mehr erhoben werden, so wird die königl. Regierung hiermit angewiesen, sofort gegen alle Grundbesitzer Ihres Bezirks, welche dem Fiskus zu Besitzveränderungs-Abgaben verpflichtet sind, auf Ablösung der Laudemien, Markgröschener, Verreichsgebühren, Annahmegelder, Auffahrtsgeldes, Weinkäufe, Gewinngelder und aller sonstigen Besitzveränderungs-Abgaben bei der ordentlichen Auseinandersetzung-Behörde zu provozieren. — Dabei ist zu erklären, daß Fiskus die Provokation nur anbringt, um bei Wahrung seines Rechtes den mit Einziehung der Laudemien verbundenen fortwährenden Verwicklungen schon jetzt ein Ende zu machen, und daß Fiskus darin willigt, daß die Grundsätze des zu erwartenden mildesten Gesetzes auf die abhängigen Ablösungen künftig angewendet werden. — Dagegen entspricht es aber auch dem Rechte und der Billigkeit, daß bis zum Erscheinen des neuen Gesetzes, welches alle bisherigen Misshandlungen angemessen regulieren soll, dem in einzelnen Landesteilen bis zum Missbrauche ausgedehnten, häufig von Spekulanten betriebenen Zurückfordern der im guten Glauben gezahlten Laudemien fortan ernstlich entgegengetreten wird. Die königl. Regierung hat daher die Erstattung solcher vermeintlich ohne Rechtsgrund zur Staatskasse gezahlten Besitzveränderungs-Abgaben gänzlich abzuschaffen und die Reklamanten in jedem Falle zum Rechtswege zu verweisen. — Berlin, den 13. Juni 1848. — Der Finanzminister Hansemann. — An die königl. Regierungen, mit Ausnahme derer zu Stralsund, Köln, Aachen und Trier.

■ Berlin, [Ausführliche Nachrichten der Emeute am 14. Juni. — Die Waffen werden den Inhabern wieder abgenommen. — Die Untersuchung wird eingeleitet.] Wir leben mitten in einer Emeute. Die Militär-Besatzung im Zeughause hatte schon gestern den ganzen Tag über das Volk in Alarm gesetzt und in der Umgebung des Zeughauses gesammelt erhalten. Deputationen wurden an das Bürgerwehr-Kommando und an den Kriegsminister geschickt, um das Zurückziehen des Militärs und die versprochene Waffenvertheilung an die Arbeiter zu erwirken. Es hieß, die Sendungen seien erfolglos geblieben; ja man behauptete sogar, daß einzelne Deputationen zurückgehalten würden. Mit den massenhaft aufgestellten Bürgerwehr-Truppen kam es daher schon gegen Abend zu einem Zusammenstoß. In der Leipziger Straße wurde Seitens der Bürgerwehr von den Waffen Gebrauch gemacht und hier und da scharf eingehauen. An dem Brandenburger Thore eben so. Hier hatten Arbeiter, die sich eine Fahne vorantragen ließen, versucht, den Eingang zu erzwingen. Die Verlegerungen, die hier schon vorfielen, sollen nicht unbedeutend gewesen sein. Einzelne Compagnien der Bürgerwehr hatten sich bereits zurückgezogen, und an einem Kampfe nicht Theil nehmen zu wollen erklärt. Fast nur um das Zeughaus und das Kriegs-Ministerial-Gebäude her waren noch Bürgertruppen aufgestellt. Vor dem Zeughause hatten sich aber auch die Massen am meisten concentrirt. Als sie wahrnahmen, daß die Soldaten aus demselben nicht zurückgezogen wurden, drängten sie gegen das Gebäude heran. Da rückte eine

Compagnie Bürgerwehr vor und (wie behauptet wird, ohne Commando) 6 Mann schossen 2 Salven ab. Die Masse stiebte sofort auseinander, 3 blieben tot auf dem Platz; 3 oder 4 sollen verwundet sein. Später fielen noch mehrere Schüsse, von deren Wirkung indess nichts bekannt geworden ist. Die Erbitterung wuchs zu einer furchtbaren Höhe. Unter allgemeinem Schreien nach Waffen stürzte Alles davon. Der Kaufmann Benda wurde als derjenige bezeichnet, der das Commando zum Feuern gegeben haben soll. Die gereizte Menge stürzte teilweise nach dessen Wohnung in der Münzstraße und die Zerstörung der Wohnung, so wie Misshandlungen gegen seine Familie waren bereits vollbracht, als es sich aufklärte, daß nicht Benda, sondern ein Kaufmann Bender commandirt habe, wenn anders überhaupt ein Befehl zum Feuern erlassen ist. Inzwischen zog sich die Bürgerwehr immer mehr, entweder ganz oder doch in sofern von dem Kampfe zurück, als sie durch das Umwickeln der Bayonets mit weißen Lüchern zu erkennen gab, daß sie gegen das Volk die Waffen nicht gebrauchen wolle. Auch verlautete, daß Militair im Zeughause habe Ordre zum Abmarsch bekommen. Die Haufen drängten daher von neuem gegen das Zeughaus hin und erfüllten, da der Abmarsch nicht erfolgte, ohne Widerstand zu finden, das Gebäude. Die Soldaten (vom 24. Reg.) zogen ungehindert ab und das Volk bemächtigte sich sofort der vorgefundnen Waffen und Munition. Man sah nicht nur Erwachsene mit Säbeln, Musketen, Carabinern, Büchsen u. s. w. aus dem Zeughause ziehen, sondern nicht selten auch 8 bis 10jährige Jungen bis an die Zähne bewaffnet die eroberte Festung verlassen. Während oft durch Unvorsichtigkeit die kostbarsten Gewehre zertrümmert wurden; sah man Leute mühselig große Bleiblöcke, als wären es Goldbarren, in den Schutz der Universität tragen. Mehrere tausend Gewehrstücke mögen bereits entfernt gewesen sein, als neue Abteilungen Bürgerwehr das inzwischen von den Handwerkern und Studenten überwachte Zeughaus umringten und allen, die sich in dem Innern noch befanden, die Waffen wieder abnahmen. Nicht lange nachher rückten auch die eben entfernten Soldaten wieder ein. Die Besorgniß der Eingespererten scheint — man weiß bis jetzt noch nicht, ob mit oder ohne Grund — groß gewesen zu sein, denn Viele flüchteten auf das an der Fassade befindliche Gesims und einer, der wie es schien durch einen freiwilligen Sprung aus dem sehr hohen zweiten Stockwerk sich auf die Straße retten wollte, kam halb zerschmettert unten an. Die Uebrigens wurden auf Leitern heruntergelassen. — Diese Scenen vor und in dem Zeughause sind das Hauptereigniß der Nacht. Uebrigens waren in einzelnen Stadttheilen, namentlich in der Behren-, Landsbergers und neuen Königsstraße ic. bereits Barricaden errichtet. Aus dem königstädtischen Theater wurden (Blech?) Waffen gewaltsam herbeigeschafft und eine rothe Fahne auf die dort errichtete Barcade gesetzt. Etwa um 10 Uhr zog ein Haufe von 30 bis 40 Menschen unbewaffnet durch die Königsstraße, um, wie behauptet wird, die Republik auszurufen. Die rothe Fahne, die dem Zuge vorangetragen wurde, nahm die Bürgerwehr in Beschlag und die Eigenthümer derselben, die sich unschuldig wußten, fanden sich noch spät in der Nacht vor der Stadtvoigtei ein, um die Rückgabe der hieher in Sicherheit gebrachten Fahne zu erlangen. — Während der ganzen Nacht war das Gerücht von dem Herantreten großer Truppenmassen aus Potsdam und Spandau verbreitet. — Bemerkenswerth ist noch, daß, wie uns aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, Nachts um 2 Uhr in der Nähe des Frankfurter Thores Kanonenschüsse, in regelmäßigen Pausen sich wiederholend, gehört wurden. — Heute früh sind von einzelnen, den Behörden bekannt gewordenen Personen die Waffen, deren sie sich gestern bemächtigt, wieder abgenommen worden. Bis jetzt (Mittags 1½ Uhr) sind zwar in der Nähe des Zeughauses und der Singakademie große Zusammenrottungen sichtbar, auch ist Bürgerwehr reichlich aufgestellt, doch hat eine Wiederholung der gestrigen Ereignisse noch nicht stattgefunden. Der Staatsanwalt Temme zeigt an, daß er Untersuchungen eingeleitet, und deren Ergebniß in Kürze veröffentlicht werden. — Heute in aller Frühe will man zu verschiedenen Thoren hinaus eine Menge bepackter Reisewagen bemerkt haben. Es scheint, als hätten in Folge der gestrigen Begebenisse wiederum viele Wohlhabende die Stadt verlassen. — Der interimistische Führer der Bürgerwehr, Major Besson, soll noch heute das Kommando niederlegen wollen. — Zwei Bataillone des 9. Regiments, und die Kavallerie der Lehr-Eskadron sind, wie behauptet wird, (?) um nicht gegen das Volk geführt zu werden, in der Nacht aus der Stadt gerückt. Sie sollen jedoch wieder zurückgekommen sein. Das 24. Regiment hatte während der Nacht in schlagfertiger Stellung alle Brücken besetzt. (E.-B.)

■ Berlin, 15. Juni, Nachm. 5 Uhr. [Ruhe und Anstalten, dieselbe zu erhalten. — Eine Forderung Frankreichs, welcher wir ein? beifügen. — Rüge. — Die Adresse. — Truppenbewegungen. — Börse.] Die Ruhe hat sich heute während des ganzen Tages erhalten. Der Be-

schlüß der National-Versammlung in Betreff des angebotenen militärischen Schutzes hat sichtlich einen guten Eindruck auf die Bevölkerung gemacht. Bürgerwehr hält den Raum, der vom Zeughause, der neuen Wache, der Singakademie und dem Universitätsgebäude begrenzt wird, auch noch jetzt nach geschlossener Sitzung besetzt. Die Menge, die sich vor den bewaffneten Reihen umherbewegt, besteht nur noch aus Neugierigen und Spaziergängern. Der Kriegs-Minister zeigt an, daß noch heute die beiden Bataillone des 20. Landwehr-Regiments und das hiesige Garde-Landwehr-Bataillon einberufen und eingekleidet werden sollen, um in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zum Schutz der Ordnung und zur Wiederherstellung der Ruhe thätig zu sein. — Aus dem Zeughause wird Munition auf Rähne gepackt. — Nach einer uns zugewandten glaubwürdigen Mittheilung hat die französische Regierung an das diesseitige Gouvernement die Forderung gestellt, daß gesammte Groszogthum Posen mit Einschluß der abgegrenzten deutschen Distrikte, im Interesse der Wiederherstellung eines selbstständigen polnischen Staates freizugeben. Es soll von der Gewährung dieser Forderung die Erhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich abhängig gemacht sein. — Arnold Ruge fühlt sich, wie erzählt wird, in Frankfurt nicht behaglich und soll beabsichtigen, binnen Kurzem nach Leipzig oder Berlin zurückzukehren. In Briefen läßt er Klagen über Intrigen der Gegenpartei vielfach laut werden. — Aus einer Mittheilung des Abg. Grabow in der heutigen Kammeröffnung geht hervor, daß der Adressentwurf in Kurzem zur Berathung vorgelegt werden wird. Die Vollendung desselben hat durch die Berathung über den Berends'schen Antrag Aufschub erlebt. Nachdem der Kriegs-Minister und der Minister des Innern sich heute vor der Kommission hören lassen werden, wird diese zur Schlussredaktion schreiten. — Es werden verschiedene Truppen-Durchzüge erwartet; ein Jägerbataillon aus Breslau geht nach Schleswig und Artillerie aus Stettin nach Magdeburg. Der Anzug der letzteren wurde in der vergangenen Nacht mit großem Argwohn erwartet. Eine Abtheilung der Bürgerwehr hatte zur Sicherheit, um jeder Ueberrumpfung zu begegnen, die Bahnhöfe besetzt. — In Folge der gestrigen Ereignisse war unsere Börse heut wenig belebt, die Kauflust eine sehr geringe und die Kurse nur nominell. Staats-Sch.-Sch. 69 Br. Bank-Anth. 67 Br. (E.-B.)

○ Berlin, 15. Juni. [Einzelne Scenen während und nach der Emeute. — Besorgniß vor der Zukunft.] Die Salven am gestrigen Abend kamen von verschiedenen Seiten des Zeughauses, 4 Personen sind getötet, 6 sind verwundet. Staatsanwalt Temme zeigt an, daß eine strenge Untersuchung der Vorfälle angeordnet ist. Die letzteren werden von Augenzeugen verschieden erzählt. Referent hat die Veranlassung angegeben, wodurch es geschah, daß im Laufe des gestrigen Tages das Zeughaus von Volkshausen umlagert war. Thatsache ist es, daß die letzteren gegen das Portal in der engen Gasse drängten, daß Steinwürfe die Bürgerwehr verletzten, und daß vor den Allern ein blinder Schuß fiel. Von wo der letztere gekommen, bleibt aber zweifelhaft. Die Haufen stiebten auseinander, rannten mit großer Behemenz nach allen Seiten, und diese Explosion in ihrer markirten, grimmigen Schäfte hatte etwas wahrhaft dämonisches. Referenten ist während sehr blutiger Tage in Paris und Lyon nicht eine ähnliche Scene, ein ähnlicher Nachdurst vorgekommen. Es scheint aber, als ob auch die politischen Leidenschaften an Nachhaltigkeit verlieren, je vehemente, je rasender sie sich gebärden. Denn was auf jene Explosion erfolgte, ist Folgendes. Einiges Straßenplaster wird aufgerissen, einige Waffenläden werden geplündert *), in Blut getauchte Schnupftücher werden in Prozession herumgetragen, ebenso von etwa 40 Knaben (kein irgend wie bekannter Mann hat sich bei dieser quasi-republikanischen Demonstration begeistigt) rothe Fahnen, und in der neuen Königsstraße wird die Republik ausgerufen. Ein Theil der um das Zeughaus stationirten Bürgergarde verläßt bald nach den gefallenen Schüssen ganz seinen Posten, der andere Theil zieht sich zurück, ein Angriff erfolgt gar nicht, wohl aber wurde das falsche Gerücht verbreitet, Major Benda, der Befehl zum Feuern gegeben, sei in seiner Wohnung (sie sollte demolirt werden, wurde aber bald gesäubert) vom Volke erstochen. Etwa gegen 10 Uhr wird das Zeughaus gesürmt, Leitern werden an die Fenster des oberen Geschosses angelegt, Thüren und Fenster werden zerschlagen, mit Fackeln drängen die Massen in die Räume, und eine Scene er-

*) Folgende Berliniade inmitten des Tumultes ist wirklich originell. Der Waffenladen des Herrn Bellinger in der Königsstraße wird gesürmt, Herr B. gibt, was er hat, erklärt den nachfolgenden Volkshausen er habe keine Waffen mehr: worauf die Leute buchstäblich sagen: Incommode Sie uns doch nicht umsonst; wenn Sie keine Waffen mehr haben, nehmen Sie gefälligst Ihr Schild ab, damit diejenigen, die nach uns kommen, nicht ebenfalls vexirt werden. Und in der That vereinigt sich der Besitzer des Ladens mit den artigen Berlinern, um das Schild abzunehmen.

folgt, welche, wenn sie nicht in einen blutigen (ich fürchte: in einem sehr blutigen) Rahmen eingespannt, einer Farce gliche; denn meistens Knaben bis zu 15 Jahren kommen mit Gewehren, schweren Pallashaken, alten Waffen an; im Ganzen sollen doch nur 600 Gewehre entwendet sein, die meisten sind sofort verkauft worden (unter den Linden etablierte sich so ein förmlicher Waffenhandel); viele sind den Knaben von der auf den großen Plätzen stationirten Bürgerwehr abgenommen; nur etwa ein bewaffneter Trupp von 2 bis 300 Personen schloss ein Quarrel und entfernte sich. Etwa gegen 12 wurde das Zeughaus wieder von Militär besetzt. In der Nacht hörte man zwei allarmirende Kanonenschüsse. Die Arbeiter an der Ramme beim Schiffbauerdamm haben schwarze Trauerschäfte aufgestellt, da einer ihrer Kameraden gestern gefallen. Die über Potsdam verbreitete und hier allgemein gebliebene Unglücksage von einer Kanonade in der Stadt bestätigt sich nicht im Entfernen; bis auf den Aufruhr durch die Elemente ist nichts Außergewöhnliches in Potsdam vorgefallen; eben so wenig bestätigt sich die republikanische Schilderhebung am Rhein. In Magdeburg hat es einige lokale Reibungen unter der Bürgerschaft gegeben. Herr Besson, der von seiner Stellung als interimistischer Bürgerwehrführer zurückzutreten im Begriffe ist, erklärt, weder er noch Major Benda hätten Befehl zum Feuern gegeben. 3 Bataillone Landwehr werden hier den Dienst übernehmen; im Ganzen treten die Leute willig ein. Heute wieder sehr unruhig in der Nähe des Zeughäuses; so eben um 6 wird (zum zweiten Male heute) Alarm geblasen. — Diesen Ereignissen gegenüber, die doch hauptsächlich ihre Machtung aus dem provisorischen Zustande im Lande ziehen, stellen sich die Debatte in der heutigen Kammer als durchaus beklagenswerth heraus. Seit gestern haben wieder viele Familien Berlin verlassen, über welches nach menschlicher Einsicht (möge sie sich täuschen!) ein blutiger Tag heraufdämmt. — Nur im Falle nach dem Schlusse der Post noch etwas Wichtiges vorfällt, erhalten sie noch einen Brief. (Die Ned. hat keinen Brief dieses Correspondenten weiter erhalten.)

T Berlin, 14. Juni. Nachts 12 Uhr. [Die Gefahren der Emeute sind vollständig beseitigt. — Maßregeln des Ministeriums. — Aus der National-Versammlung.] Der erste Akt des heutigen Drama's ist vorüber! Das Zeughaus ist genommen und von der Bürgerwehr besetzt, ohne daß die Wache haltenden Soldaten irgend einen Widerstand geleistet hätten. Eine große Anzahl drang in die Säle, um sich Gewehre zu holen. Diese wurden ihnen allerdings auch sofort verabfolgt, jedoch außerhalb des Zeughäuses von den Patrouillen meist wieder weggenommen, sobald sich die Inhaber nicht zu legitimieren vermochten. Welch' Unterschied zwischen jetzt und vor zwei Stunden. Da hatte Berlin, vornehmlich aber der Platz vor dem Zeughaus, eine sehr drohende Physiognomie, so als ob ein blutiger Bürgerkrieg im Anzuge sei. Die Nachricht, daß mehrere (nach Einigen 2, nach Andern 4) nach dem ersten Feuern auf dem Platze geblieben seien, erhöhte die Gemüther außerordentlich. Alles sann auf Rache und drohte namentlich dem Führer des 1sten Bezirkes, Hrn. Benda, welcher Feuer kommandiert haben soll, den Untergang. Glücklicher Weise äußerte sich die Gesinnung der Bürger ganz anders, als man erwartet hatte, denn ein großer Theil erklärte laut, nicht schießen zu wollen, und Andere banden zum Zeichen des Friedens weiße Tücher an ihre Bajonette. So ist ein gefürchtetes Blutbad noch bei Zeiten verhindert worden, und auf allen Plätzen hört man die Versicherung, mehr als jemals müssten gerade jetzt Bürger und Arbeiter zusammenhalten, da der gemeinschaftliche Feind außer ihnen zu suchen sei. Wie wir hören, sind die Ulanen ausgerückt, um den Potsdamer Bahnhof zu besetzen, und man glaubte allgemein, daß Militär von Potsdam requirierte werden solle. Wäre dies geschehen, so würde diese Nacht ohne Zweifel sich durch ein furchtbare Blutbad in der Geschichte verewigt haben. Der Herr Minister-Präsident soll jedoch die feierliche Versicherung gegeben haben, daß das Ministerium auch nicht im Entfernen an eine solche Maßregel denke. In diesem Augenblicke, wo ich Ihnen schreibe, ist die Stadt bereits wieder ganz ruhig. Die Menge hat sich zerstreut, und nur einzelne Gruppen stehen noch beisammen, um sich die Vorfälle der vergangenen Stunden mitzuteilen. Dies Alles geschieht ohne die mindeste Aufregung, und nichts verräth, daß wir noch vor wenigen Minuten an der Schwelle einer neuen Periode für Preußen standen. Auch die verschiedenen Parteien der National-Versammlung hatten sich bis gegen 12 Uhr in ihren Lokalen versammelt gehalten, um nötigenfalls noch während der Nacht zur Berathung zusammenzutreten zu können. Unter den jetzigen Umständen scheint jedoch eine so außerordentliche Maßregel aufgegeben worden zu sein.

Den 15. Juni. Nachmittags 7 Uhr. Das Militär hat gestern morgens das Zeughaus von Neuem besetzt, nachdem eine große Menge Gewehre und besonders eine außerordentlich bedeutende Quantität Spitzku-

geln vom Volke fortgeschafft worden waren. Man will mit der etwas bereitwilligen Aufgabe des Zeughäuses von Seiten der Bürgerwehr und besonders der Studenten nicht sehr zufrieden sein. Heute gibt nun der Zustand, obgleich noch immer eine gewisse Aufgeregtheit sichtbar ist, fast zu keiner Besorgniß Anlaß. Man glaubt um so weniger, daß die Ruhe gestört werden wird, als die beiden letzten Abstimmungen in der National-Versammlung durchaus befriedigt genannt werden müssen. Hätte die Versammlung den Berend'schen Antrag früher ebenfalls angenommen, so würde die Berliner Bevölkerung auch nicht einen Augenblick in Aufruhr versetzt worden sein. Was nun die nächste Zukunft betrifft, so hat das Ministerium heute in der Versammlung die Anzeige gemacht, 1) daß zur Aufrethaltung der Ordnung 3 Bataillone der Berliner Landwehr eingekleidet werden und mit der Bürgerwehr vereint wirken sollen; 2) daß eine Reorganisation der Bürgerwehr im Einvernehmen mit den städtischen Behörden und die Ernennung eines interimistischen Kommandeurs bewirkt werden solle; 3) daß eine Mittheilung an den Magistrat gemacht sei, nach welcher das Ministerium verlangt, daß eine kräftige Schutzwache (Munizipalgarde) für die Stadt errichtet werde. Die letzte Nachricht machte natürlich einiges Aufsehen. — Die beiden heutigen Beschlüsse der National-Versammlung sind ganz im Sinne des linken Centrums ausgefallen. Sie hat erklärt, daß sie keines besondern bewaffneten Schutzes bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle. Außerdem hat sie den Waldeck'schen Antrag auf Niedersetzung einer Kommission angenommen, welche den Verfassungs-Entwurf zu prüfen und eventueller selbstständig einen neuen auszuarbeiten haben wird. So angenehm die erste Erklärung den Berlinern sein muß, so unangenehm ist der zweite Beschuß dem Ministerium. Eine solche Abstimmung hätte man in voriger Woche noch für unmöglich gehalten, was aber abgesehen von dem Einfluß des namentlichen Aufrufes, der stattfand, blos beweist, daß die Versammlung noch keinen Charakter hat und die wirkliche Majorität noch nicht recht klar ist. So viel ist jedoch gewiß, daß die Linke seit einigen Tagen viel Terrain gewonnen hat. Für den Waldeck'schen Antrag stimmten 188, dagegen 142. Es ergab sich also für heute eine Majorität von 46 Stimmen gegen das Ministerium. — Herr Pinder hatte heute seinen Sitzen im linken Centrum, ob zufällig oder nicht, das ist natürlich ungewiß. Man erzählt sich außerdem, daß Arnim und Schwerin aus dem Ministerium ausgetreten gesonnen seien.

T Thorn, 13. Juni. [Bevorstehende Belagerung durch die Russen.] Bei uns herrscht jetzt die größte Unruhe. Gestern kam vom Generalkommando der Befehl an die Kommandantur, daß die Festung auf das allerhöchste vollständig armirt und verproviantirt werde, und wahrscheinlich werden wir binnen einigen Tagen von den Russen, welche nur eine Meile von uns an der Grenze stehen, belagert sein (?). Das Generalkommando in Königsberg hat der hiesigen Kommandantur definitiven Bescheid binnen 3 Tagen zugesichert.

Krieg mit Dänemark.

★★ Kantonirung Uck, 8. Juni. [Auszug aus dem Privatschreiben eines Oberjägers des Lannischen Freicorps.] Noch schwirrt mit der Kopf von Allem dem, was wir während zweimal 24 Stunden begegnet ist, doch ergriffen ich schnell die Feder, um Euch von Allem zu benachrichtigen. Den 5. Abends rückten wir in die Kantonirung Uck bei Apenrade in die äußerste Vorpostenlinie, wo nur eine Stunde von uns die Dänen standen. Dieselben hatten nämlich Hadersleben und Apenrade besetzt. Den 6. Abends fuhren wir auf 60 Wagen von hier ab. Auf jedem Wagen saßen 8 Mann, so daß wir circa 450 Mann waren. Wir fuhren die ganze Nacht durch. Um 10 Uhr passierten wir die feindliche Vorposten-Linie, und hoben hier den ersten feindlichen Dragoner auf, wodurch es uns gelang, ungehindert durchzukommen. Des Morgens um 2 Uhr machten wir bei einem Dorfe Halt, als mehrere feindliche Jäger an unsere Wagen kamen, indem sie uns für Freunde hielten. Wie erschraken sie aber, als sie die Freischäaren erkannten. Einige der Dänen wurden gefangen, andere flohen und hier fielen die ersten Schüsse, ohne jedoch einen zu verwunden. Endlich brach der Tag an. Wir fuhren jedoch noch eine Stunde weiter, als unsere Spieße auf eine feindliche Patrouille traf, welche einen Versuch zu fliehen machte. Mehrere Schüsse fielen, und nun stürzten alle 3 vom Pferde. Die Verwundeten wurden am Wege verbunden, von denen der eine ein feindlicher Husar-Rittmeister war, ein alter Mann, mit kahlem Kopf. Er hatte einen Schuß im Kopf und blutete furchtbar. Die Schüsse hatten Alles mobil gemacht; vor uns war eine Höhe und auf derselben ein kleines Dorf, namens Godebill, welches von 2 Compagnien feindlicher Jäger besetzt gehalten wurde, rechts davon standen 2 Eskadronen rohe Husaren, und 1 Eskadron Dragoner, links war eine Batterie aufgefahrene und dabei wieder Jäger zur Deckung.

Wir rückten augenblicklich vor, Alles in einer Kettensperre aufgelöst, und wurden von einem furchtbaren Büchsenfeuer empfangen. Die Batterien schossen mit Paketkugeln, die jedoch alle über unsere Köpfe hinwegflogen; als wir näher kamen, gebrauchten sie Kartätschen, wodurch mehrere verwundet wurden. Mit einem „Hurrah“ und aufgesteckten Bajonetten stürmten wir gegen die Batterie, die feindlichen Jäger flohen, und 2 Kanonen waren unser. Während dieser Zeit rückten die 3 Eskadronen zur Attacke an; schnell zogen wir uns hinter einige Hecken zurück. Ich stand noch vor der Hecke, als ein Husar auf mich zusprang, schnell machte ich einen Satz über die Hecke. Als nun der Keil einen Hieb nach mir that, drehte ich mich um und schoss ihm die Kugel in den Kopf, er stürzte augenblicklich vom Pferde, mir gerade vor die Füße. Indes hatten etwa 7 Husaren die Hecke übersprungen, stürzten aber beinahe alle im Augenblick zusammen, so wurden sie von Kugeln begrüßt. Einer hieb furchtbar um sich herum, er wurde mehrerenmal aufgesondert, sich zu ergeben, aktete aber nicht darauf. Er bekam wenigstens 10 Schüsse, ehe er zusammenbrach. Die Kavallerie nahm nun Reitschau in wilder Hast, beinahe 30 Todte zurücklassend. Wir erbeuteten eine Masse Pferde. Der Kampf hatte etwa 1½ Stunde gedauert, und ist glänzend für uns ausgefallen. Unser Verlust besteht in 3 Todten und circa 25 Verwundeten, während der Feind gewiß 30 Todte und wohl eben so viel Verwundete hat; ferner haben wir 2 Kanonen und 28 Pferde erbeutet. Wir brachen nun schnell auf, da sich von Hadersleben aus neue Feinde zeigten, und kamen Nachmittags um 2 Uhr wieder in unserer Kantonirung an. Morgen werden wir wahrscheinlich wieder nach Hadersleben marschieren, wo es wahrscheinlich zu einem Haupt-Treffen kommen wird.

F Flensburg, 12. Juni. Morgens. Der Bundesbeschuß vom 5ten d. hat auch hier bei allen Deutschen gesinnend große Freude erregt. Man erwartet nun mit Bestimmtheit, daß Wrangel nächstens wieder vorrückt werde. Doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß er erst den Zuzug einer bereits von Hannover angekündigten Verstärkung abwartet, ehe er wieder offensiv zu Werke geht und die Königsau zum zweiten Male überschreitet. Ein Theil der gedachten Verstärkung, unter welcher sich auch Artillerie befindet, soll schon heute hier eintreffen. Ob auch noch Preußen kommen werden oder nicht, darüber schwanken die Vermuthungen. — Seit vorgestern erhält sich das Gerücht, die Dänen hätten den bisher noch besetzten gehaltenen Brückenkopf im Sundewittschken freiwillig aufgegeben und gestern Abend wollten man wissen, sie hätten nicht blos Sundewitt, sondern sogar schon die Insel Alsen gänzlich geräumt. Man wittert dahinter eine neue Kriegslist und hat seit dem 28. Mai guten Grund, misstrauisch und darum vorsichtig und stets auf der Hut zu sein. In der That haben die letzten Kämpfe im Sundewittschken viel Blut gekostet; um dies darzuthun, reicht schon das Faktum allein hin, daß hier 220 Verwundete und zwar größtentheils Schwer- oder tödlichverwundete aus der letzten Mai- und ersten Juniwoche in den Hospitälern liegen.

Rendsburg, 13. Juni. Ein beurlaubter Freiwilliger vom Lannischen Corps erzählt uns, daß die schleswig-holsteinischen Truppen, 1400 Mann stark, mit 2 Geschützen, bereits Hadersleben besetzt gehabt, sich indes vor einer bedeutend überlegenen Macht der Dänen bis nach Hoptrup zurückgezogen haben. Hier ist am 11. Abends das Lannische Freicorps mit einer Stärke von 900 Mann — der bisher in Cappeln stationierte Alsdorfer hat sich nämlich mit demselben vereinigt — zu ihnen gestossen, um am folgenden Morgen den Feind anzugreifen und Hadersleben zu befreien. Bei Abreise des Berichterstatters am Morgen des 12ten waren die Vorposten im Gefecht. — Heute ist hier eine hannoversche Batterie von 6 Kanonen und 2 Haubitzen eingerückt.

A Altona, 13. Juni. Mit dem heutigen Nachmittagszuge ist der Prinz Adalbert von Preußen nach Rendsburg abgegangen. **K**openhagen, 11. Juni. Der „Amsterdam“ bringt die Nachricht, daß die Ausrüstung anscheinend der ganzen Flotte, in Kronstadt möglichst beschleunigt wird. Zwischen Mön und Gidssee wurde eine größere russische Escadre heute Morgen vor Anker bemerket. — Unser König ist gestern Abend von Schweden wieder in Helsingör gelandet und von Gothenburg sind bereits 4500 Mann Schweden auf Fähnen angekommen, und daß von Norwegen schnell Ernst gemacht wird, geht schon daraus hervor, daß die drei wichtigsten norwegischen Dampfschiffsfahrten, wegen Kriegsverwendung der Schiffe, eingestellt worden.*)

* Nach Briefen aus Kopenhagen vom 12. Juni ist in Folge der von England per Dampfboot „Rob Roy“ eingetroffenen Depeschen, in den Truppensendungen von Schweden nach den dänischen Inseln ein Stillstand eingetreten; auch wollte man in Kopenhagen unterrichtet sein, daß eine friedliche Wendung eingetreten sei, welche durch die Unterhandlungen in London herbeigeführt worden. Jedoch wollte man zugleich wissen, daß noch von russischer Seite entgegengesetzte Einstufungen die Sache verzögerten. (B.-H.)

Erste Beilage zu № 139 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 17. Juni 1848.

(Fortschung.)

Schwedische Blätter melden, daß König Oskar bei seiner Ankunft in Malmö, wo er sich mit dem Könige von Dänemark getroffen, nicht mit dem sonstigen Enthusiasmus empfangen sei. — Die angesehenen Blätter, insbesondere Altonbladet, fahren fort, sich gegen die Einmischung in den dänischen Krieg auszusprechen; es muß den Schweden ein höchst unbehagliches Gefühl verursachen, wenn sie sehen, wie die dänische Kriegspartei ganz auf die schwedische Hilfe ihren jüngsten Uebermuth basirt.

Die Ausrüstung von 9 Kanonenjollen in Norwegen soll eingestellt und statt deren 12 Bombenkanonen ausgerüstet werden, die in drei Divisionen, jede Division mit einem Dampfschiff („Christian“, „Nordkap“ und „Prinz Carl“) sollen dazu benutzt werden, nach Dänemark abgehen sollen. Die Fregatte „Fria“ soll ausgerüstet und vollständig armirt werden. Außer den bereits im Dronheimer Distrikt eingerufenen 250 Matrosen sollen noch 1200 Matrosen eingerufen werden.

M u s k a n d.

* Die D. A. Z., welche erst vor ein paar Tagen versicherte, daß Preußen von Russland gar nichts zu fürchten habe, meldet nun aus dem Großherzogthum Posen, daß dort die verbürgte Nachricht eingegangen sei, daß bei der Stadt Kalisch, hart an der preußischen Grenze in aller Eile ein großes russisches Lager für 100.000 Mann errichtet werde.* — Welcher Meldung soll man nun glauben? Es ist wirklich an der Zeit, daß durch Mittheilung aus authentischer Quelle diese nach allen Richtungen hin schwankenden Gerüchte beseitigt würden.

General Saß, der Kaukasuskämpfer, befindet sich wieder bei der aktiven Armee und zwar in der nächsten Umgebung des Fürsten Stathalters Paskevitsch. Bemerkenswerth ist jedoch, daß die offizielle Verkündigung dieses Wiedereintritts ohne jedes gnädige Wort sich einfach ausdrückt: Laut allahöchsten Tagesbefehl ist der entlassene Kavalerie-General-Lieutenant Baron von Saß wieder bei der Kavalerie in Dienst getreten und dem Oberbefehlshaber der aktiven Armee in Warschau aggregirt.

D e u t s c h l a n d.

Frankfurt, 12. Juni. [Blutige Ereignisse in Offenbach.] Es bestätigt sich, daß in verflossener Nacht in Offenbach blutige Ereignisse stattfanden. Soldaten, die in Büdingen auf Kommando liegen, weigerten sich, dahin zurückzukehren und mußten verhaftet werden. Sie wurden aber vom Volke, unter dem viele Fremde bemerkt wurden, aus ihrem Arrestlokal in der alten Kaserne wieder befreit und triu phirend durch die Stadt geführt. Natürlich blieb das Militär nicht unthätig, sondern rückte aus, und es kam zu einem Konflikte mit dem Volke, bei welchem von dem Militär geschossen und Mehrere vom Volke verwundet wurden. Der Skandal soll nun sich gesteigert haben, aber doch gedämpft worden sein, als es sich durch die gegenseitigen Erklärungen ergeben, daß die Schüsse einzeln ohne Kommando fielen. Heute in der Frühe rückten von Langen Kavallerie und Artillerie in Offenbach ein, und man ist um so gespannter auf den Verlauf des heutigen Tages, da nahe bei Offenbach eine große Arbeiter- und Demokraten-Versammlung stattfindet. Die hiesigen Arbeiter marschierten in geschlossener Kolonne um 1 Uhr aus. Ihre Zahl betrug circa 400; dem Zuge wurden mehrere Fahnen vorgetragen, und trotz der großen Hitze hatte sich eine Masse Neugieriger eingefunden.

Frankfurt, 13. Juni. [Arbeiter-Versammlung. Ruhe in Offenbach. Projektirte Bildung einer Akademie der Künste und Wissenschaften zu Frankfurt.] Die große Arbeiterversammlung auf dem Biberberg bei Offenbach war gestern Nachmittag nicht so zahlreich besucht, als man erwartete, da die Hitze unerträglich war, doch hatten sich immerhin viele Menschen versammelt. Die bekannten Leiter, Pelz, Esselen, Löwenstein, auch Prof. Bayrhoffer u. a. sprachen in oft gehörter radikaler Weise, doch traf es sich auch, daß einer den andern bekämpfte. Pelz hatte sich entschieden dagegen ausgesprochen, daß eine Zahl Freiwillnehmer bewaffnet erschienen waren und mitunter Feuervorrichtungen abfeuerten. Er forderte die Feuerwehr auf, die Waffen zu entfernen. Die Versammlung hatte sonst einen ruhigen Verlauf. Auch in Offenbach selbst soll gestern keine weitere Ruhestörung vorgekommen sein, doch erzählt man, es seien

*) Die Berliner Zeitungs-Halle bringt sogar eine Meldung aus Thorn, wonach jener Stadt jeden Augenblick eine Belagerung durch die Russen bevorstehe. (S. oben den Artikel „Thorn“ unter der Rubrik „Preußen.“) Die Nachricht scheint uns, wenn nicht entschieden falsches, doch mindestens sehr viel Übertriebenes zu enthalten.

Red.

der Schloßwache am Main die Munition weggenommen und die Gewehre ins Wasser abgeschossen worden. Der Bataillonskommandeur sei auch unsichtbar geworden und man habe ihn vergebens gesucht. Einer der Verwundeten war gestern gestorben. — Hier verließ der gestrige Tag auch ganz ruhig, doch soll in dem Lokale der Demokraten (Bäuerland. Verein) stark gegen das Parlament provocirt und die sofortige Vereinigung des Arbeitervereins mit den Demokraten ausgesprochen worden sein. Bayrhoffer habe sich auch für den ehrenvollen Empfang bedankt, der ihm zu Theil geworden. — Gestern Vormittag fand im Landsberg dahier eine vorberathende Versammlung von Gelehrten, wegen Bildung einer Akademie der freien Künste und Wissenschaften, die ihren Sitz in Frankfurt haben soll, statt. Es wurde eine Siebnerkommission gewählt, deren Vorstand Dr. Nauwerk aus Berlin ist. Der Zeitpunkt des Zusammentrettes der konstituierenden Versammlung ist auf den 15. August d. J. festgestellt worden. Es wird wohl alsbald eine offizielle Bekanntmachung erscheinen. — Freiligrath ist hier. (Leipz. Ztg.)

Vom Main, im Juni. Es heißt, daß das Bundes-Direktorium, welches aus drei Männern bestehen soll, aus folgenden Personen gebildet wird: Schmettling für Österreich, Camphausen für Preußen und Matthy für das übrige Deutschland. Die Zurechtweisung, welche Robert Blum wegen seinen Behauptungen vollends nach den neuesten Verhandlungen in der Berliner Versammlung erhalten hat, machte großes Aufsehen. Möglich, daß verworrene Ausserungen eines Mannes, zu solchen Versäumnissen Preußens geführt haben, da wir nicht im Mindesten bezweifeln, daß Preußen es mit der deutschen Bundesverfassung durchaus redlich meint. Die Noten, welche der Minister Arnim, ein an konstitutionelles Verfahren lange gewohnter Staatsmann, veröffentlicht hat, sind überhaupt von höchstem Interesse. (Elbfeld. Ztg.)

München, 12. Juni. [Deutsche Kokarde. Adresse.] Se. Majestät der König hat (erst jetzt!) angeordnet und genehmigt, daß neben der bayerischen nunmehr auch die deutsche Kokarde an der Kopfbedeckung im Heere getragen, und daß auch die Fahnen und Standarten mit Bändern der deutschen Farben geziert werden. — Die Münchener haben eine Adresse an die Reichsversammlung in Frankfurt erlassen, worin sie sagen: „Wir erklären hiermit feierlich, daß wir der deutschen Nationalität mit der aufrichtigsten Vaterlandsliebe zugethan, und jedem Absonderungstreben gänzlich fremd sind. Wir halten fest an den Errungenschaften der Märztag und der jüngsten Zeit, und sehen in die Nationalversammlung das volle Vertrauen, daß sie sich dem deutschen Verfassungsverträge zur gemeinsamen Wohlfahrt, Ehre und Freiheit aller deutschen Völker standhaft unterzählen wolle, und dieser großen Zukunft der deutschen Einheit müssen alle Sonderinteressen frudig zum Opfer gebracht werden.“

Mannheim, 11. Juni. [Fabeln über die Abstammung Heckers.] Eine der ergötzlichsten Erfindungen bildet die Combination der weiland Kaspar Hauserschen Geschichte, mit der Abstammung Heckers. Nach einem sehr im Schwange gewesenen Gerede, wäre H. ein legitimer Nachkomme unseres verstorbenen Großherzogs Karl und eine der Prinzessinnen das für ihn untergehobene Kind. Es wurde sogar hinzugefügt, Herr v. Isenstein habe die beschuldigten untrüglichen Beweise in Händen. H. ist in seiner neuen Laufbahn zum gefährlichsten Demagogen geworden. Sein ungestümer Ehrgeiz, seine unabzähmbare Hetschsucht, werden eine Zähigkeit erwecken, welche das von allen Seiten gefährdete Vaterland noch lange in Unruhe erhalten können. (D. P. A. Z.)

Eisenach, 12. Juni. [Studenten-Kongress.] Man hat einen Mittelweg eingeschlagen, um die beiden Parteien der Studenten (s. gestr. Bresl. Ztg.), die mit so ganz verschiedenen Absichten nach der Wartburg gekommen waren, zufriedenzustellen. Die allgemeine Studentenversammlung wird nämlich ganz in der vom Programm bestimmten Weise stat finden, aber sofort nach deren Beendigung wird hier ein von allen deutschen Universitäten zu beschickendes Parlament zusammen treten. Noch gestern Abend constituirte sich dieses Universitätsparlament, vertagte sich dann aber bis übermorgen, also bis nach Beendigung unserer allgemeinen Wartburg-Versammlung. Vertreten waren nach dem Verhältnisse von 100:1, zuerst Wien mit 27 Stimmen (auf die übrigen ihm noch zukommenden Stimmen verzichtete es, um nicht zu großes Übergewicht zu haben), Berlin mit 12, Breslau mit 8, Jena mit 3, Halle mit 7, Leipzig mit 9, Göttingen mit 6, Marburg mit 3, Würzburg mit 5, Bonn mit 7, München mit 8, Greifswald mit 1, Gießen mit 6, Tübingen mit 6 Stimmen. Es fehlten also mehrere noch ganz, wie Heidelberg, Erlangen, Kiel,

Rostock, Prag ic., die man sofort zum Beitritt aufzufordern beschloß. Die Vertreter der meisten Universitäten, wie der von Leipzig, Halle, Jena ic. erklärt, daß sie natürlich nur provisorische Vertreter und nur beigetreten seien, um bei den Beschlüssen ihre Universitäten nicht ganz unvertreten zu lassen. Nach sehr stürmischen Debatten wurde endlich die Vertagung angenommen und man beschloß die beiden Versammlungen als zwei ganz verschiedene anzusehen, die ganz gut nebeneinander oder nach einander stattfinden könnten.

Die allgemeine Studentenversammlung ist nun heute wirklich eröffnet worden. Um 8 Uhr früh versammelten sich alle anwesenden Studenten, bis jetzt ungefähr 1300, auf dem Markte und zogen unter Vorantritt eines Musikkörpers und unter Abfingung eines Studentenliedes nach dem Saale der „Erlöhung“, wo die Berathung stattfinden sollte. Durch Acclamation wurde Student Lang aus München zum Präsidenten, Peters und Lauenstein aus Göttingen zu Vicepräsidenten erwählt, und diese begrüßten die Versammlung mit einigen Worten. Zunächst verlas der Secretair mehrere eingegangene Schreiben, von den Hanauer Turnern, von Heidelberg, Königswinter und von den deutschen Studenten in Siebenbürgen. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage, ob die deutschen Universitäten Nationalanstalten werden sollten, und die dazu vorgeschlagenen Maßregeln. Nach einer vierstündigen, sehr lebhaften und interessanten Verhandlung wurde beschlossen, daß man sich in der an die konstituierende Versammlung zu erlassenden Adresse für Erklärung der Universitäten zu Nationalanstalten und deshalb für Einziehung des Vermögens der einzelnen Universitäten, so wie für Besteitung der Bedürfnisse der Universitäten durch den Staat aussprechen wolle. Der Minorität, die über ein Drittel der Versammlung ausmachte, blieb es natürlich unbenommen, eine Gegenadresse zu erlassen. In der um 2 Uhr Nachmittags wieder aufgenommenen Versammlung beschloß man, um eine Überleitung der Universitäten durch das Unterrichtsministerium Deutschlands, um Anerkennung des Princips der Selbstverwaltung und um Hörf- und Lehrfreiheit zu bitten, ferner in der Adresse auszusprechen, daß die Universität die ganze Wissenschaft vertreten und nach diesem Princip die Lehrfächer vervollständigt werden sollen, daß jede Fakultätssonderung aufhören und daß zum Staatsdienste fernerhin der Besuch einer Universität nicht mehr erforderlich sein sollte. Morgen werden die übrigen Punkte der Tagesordnung zur Verhandlung kommen und hoffentlich erledigt werden. Bei den heutigen Debatten zeichneten sich besonders aus: v. Salis und Riemann aus Berlin, Klostermann aus Bonn, Lang aus München, Lauenstein aus Göttingen, Wehrenfennig aus Jena, Wahau und Kirbach aus Leipzig, Giesecke aus Breslau und Andere. Der heutige Nachmittag wurde zu einer Partie nach dem Marienthal benutzt, von der wir erst spät nach Eisenach zurückkehrten.

Eisenach, 13. Juni. Heute Morgens 7½ Uhr begannen die Verhandlungen der allgemeinen Versammlung wieder, und zwar mit Punkt fünf der Tagesordnung *), d. h. voraussichtlich die heftigsten De-

*) Diese Tagesordnung lautet: 1) Die Universitäten sollen National-Anstalten werden. Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesamtstaat eingezogen werden. Dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. Die Überleitung übernimmt eine aus den Vertretern der einzelnen Universitäten zusammengesetzte Centralbehörde, die dem deutschen Reichstage verantwortlich ist. Jede Universität verwalte die ihr von der Centralbehörde zugewiesenen Gelder durch selbstgewählte Beamte. Sie ist zuvor der Centralbehörde und dann dem deutschen Reichstage verantwortlich. Die Mitglieder der Centralbehörde werden auf bestimmte Zeit und mit Beteiligung der Studirenden gewählt. (Adresse.) 2) Die Universitäten sollen mit Aufhebung aller Fakultäten eine encyclopädische Stellung einnehmen. (Adresse.) 3) Unbedingte Lehr- und Hörfreiheit. (Adresse.) 4) Aufhebung des Zwanges, behufs Zulassung zum Staats-Examen auf einer sogenannten Landes-Universität studirt zu haben. (Adresse.) 5) Modifikation resp. Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. (Adresse.) 6) Die einzelnen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Ausnahmgesetze seit 1819 sofort in Wirklichkeit treten lassen. (Adresse.) 7) Gewährung aller bürgerlichen Rechte für die Studirenden, soweit sie ihnen nach den allgemeinen Gesetzen zukommen. (Adresse.) 8) Beteiligung der Studirenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung der Lehrstühle. (Adresse.) 9) Wegfall der Collegien-honorare, der Gelder zur Erlangung akademischer Grade und der Im- und Examifikations-Gebühren. (Adresse.) 10) Die Erlangung eines Staatsamtes soll fernerhin nicht mehr von der Erlangung einer akademischen Würde abhängig sein. (Adresse.) 11) Aussönderung an alle Universitäten, sich baldmöglichst zu wohlorganisierten Studentenschaften zu konstituieren. 12) Wiederkehr der deutschen Studenten-Versammlungen an einem in jeder Versammlung für das nächste Mal zu bestimmten Orte. 13) Errichtung einer Studenten-Zeitung.

batten bringen mußte, nämlich über Aufhebung oder resp. Modifikation der akademischen Gerichtsbarkeit. Allein dennoch bewegten sich die Verhandlungen mit einer Ruhe fort, die von dem gestrigen tumulte das Gegentheil war und die allein es auch möglich machte, daß schon vor 10 Uhr zur Abstimmung geschritten werden konnte. Für gänzliche unabdingte Aufhebung aller Exemtionen in Bezug auf Gerichtsbarkeit etc. stimmten ungefähr 530, dagegen 355. Unter den Rednern des heutigen Morgens war auch Graf Keller, der 1817 beim Wartburgsfeste die Fahne getragen hatte. Die folgenden Punkte der Tagesordnung (6—13) werden wohl ohne große Schwierigkeit noch diesen Vormittag besprochen und somit die Verhandlungen geschlossen werden können. — Nachmittag 5 Uhr Zug nach der Wartburg und großer Commers daselbst.

(D. A. 3.)

Dresden, 12. Juni. Die von der sächsischen Regierung zur Linderung der jetzigen Gewerbes und Arbeitsstockung ergriffenen Maßregeln sind dreifacher Art. Sie beweisen nämlich: 1) die Industrie durch Darbietung von Kredit und baaren Geldmitteln direkt zu unterstützen; 2) für die durch den Stillstand der Fabriken außer Erwerb gesetzten Arbeiter andere Arbeitsgelegenheit zu eröffnen; 3) die Thätigkeit der Privatpersonen und Gemeinden zu erhöhten Anstrengungen für den nämlichen Zweck anzuregen und zweckmäßig zu nutzen.

(Dresden, 3.)

Rendsburg, 13. Juni. [Beschlüsse einer Volksversammlung.] In einer heut abgehaltenen Volksversammlung wurden folgende Resolutionen angenommen: Die Volksversammlung erklärt: 1) Das Volk Schleswig-Holsteins verlangt, um des Landes gefährdeten Sicherheit und Ehre nachdrücklich zu wahren, augenblickliche Einführung allgemeiner Wehrpflicht ohne Ausnahme und Stellvertretung. 2) Das Volk Schleswig-Holsteins verlangt, daß das von den Ständen zu berathende Wahlgesetz auf dem Grundsatz der allgemeinen direkten Volkswahl beruhe. 3) Das Volk Schleswig-Holsteins verwirft jede Theilung des Herzogthums Schleswig, als der Politik, dem Rechte und der Ehre des deutschen Volkes widerstreitend. 4) Das Volk Schleswig-Holsteins wünscht und hofft, daß der König Friedrich VII. nicht wieder zur Ausübung der Regierungsgewalt in den Herzogthümern gelange, und hält seine Freiheit und seine deutsche Nationalität nur durch die Anerkennung des Grundsatzes gesichert: Kein König von Dänemark darf Herzog von Schleswig-Holstein sein, kein Herzog von Schleswig-Holstein König von Dänemark.

Oesterreich.

* Wien, 15. Juni. [Nachrichten aus den Provinzen. Neuer Kommandeur der Nationalgarde. Die Arbeiter aufgewiegt.] Aus Pancsova traf die Nachricht ein, daß das Militär-Kommando zwei Grenz-Bataillone entwaffnet ließ, allein die Bürgergarde eilte herbei, überspiel die Kaserne, und ließte den braven Grenz-Truppen ihre Waffen zurück. Seitdem zogen diese Truppen nach Kroatien. Aus den übrigen Provinzen Ungarns lauten die Berichte eben so beunruhigend. — Aus Innsbruck ist die vorläufige Anzeige eingetroffen, daß Graf Stadion die Bildung eines Ministeriums ablehnte. Gestern Abend hat sich eine Deputation des demokratischen Klubbs, an ihrer Spitze der bekannte Redakteur Häfner zum Minister Pillerstorf begeben. Sie verlangt, nachdem sie früher den veränderten Wahlzensus durchgesehen hatte, jetzt, wo die Wahlen nach diesem bereits begonnenen, direkten Wahlen zum Reichstag. Pillerstorf hat es abgeschlagen. — Der Kaiser hat den FML. Woher zum Oberkommandanten der Nationalgarde ernannt. Oberst Pannach, der diese Stelle einstweilen bekleidet, und den Garden schon jetzt halb und halb abgeneigt ist, wird bis zu seinem Eintritt das Kommando fortführen.

N.-S. 3 Uhr Nachmittags. Die von hier weg gewiesenen böhmischen Studenten haben sich mit den polnischen Emigrés in den Prater zu den dortigen Arbeitern begeben, und diese so aufgewiegt, daß sie höheren Arbeitslohn verlangen, widrigens aber, nach einem gegebenen Termin von 4 Stunden in die Stadt zu marschieren drohen. Die Nationalgarden eilen zu den Waffen, und Alles ist in Allarm.

(Sitzung des Sicherheitsausschusses am 13. Juni.) Nach Verhandlung mehrerer unwichtiger Gegenstände ward der Antrag gestellt, und mit großer Majorität beschlossen, das Ministerium möge alle seine Erlasse von dem Augendicke an für gültig erklären, als solle in den offiziellen Zeitungen erscheinen. Denn der Fall kommt häufig vor, daß die Beamten die Ausübung der verschiedenartigsten Verordnungen verweigern, indem selbe angeben, auf amtlichem Wege hiernon nicht in Kenntniß zu sein. Ferner wurde beschlossen, den Minister th anzugehen: es möge, weil der Gouverneur Galiziens, Graf Stadion, sich gegenwärtig nicht im Lande befindet, statt des einstweilen dort an der Spitze der Verwaltung stehenden kommandirenden Generals, dieselbe den Händen eines verantwortlichen konstitutionellen Beamten anvertraut werden; indem Galizien sich ja nicht im Belagerungszustande befindet, der Ge-

neral sich aber leicht, aus was immer für einer Ursache, mit einer militärischen Notwendigkeit entschuldigen könne. — Hierauf wurde vielfach debattirt über die Notwendigkeit einer außerordentlichen Verstärkung unserer Armee in Italien. Man ging von dem Grundsatz aus, dieser heillose Krieg müsse schnell beendet, die österreichische Waffenehre mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wieder hergestellt, und wenn Italien aufgegeben werden müsse, mit diesem Lande ein großartiger Handelsvertrag abgeschlossen werden, welches aber nur nach einem erfochtenen Hauptsiege möglich wäre! — Die ganze Armee sei deshalb abzusenden, und die innere Ruhe der Nationalgarde anzuvertrauen. — Hinsichtlich der Geldfrage d'shalb wurde darauf hingewiesen, daß, indem alle Stände die verschiedenartigsten Opfer bringen, nun endlich denn doch die Reihe hierzu an die Aristokratie und Geistlichkeit komme. Es wurde eine Kommission niedergestellt, um sich bei dem Finanzminister über dessen schon erfolgte oder noch zu erfolgende Maßregeln seines Ressortes anzuhören. — Auch wurde beschlossen, dem Ministerium zu bemerken, daß man keineswegs etwa, was den Grundsätzen der Freiheit zu widerlaufen würde, Italien wieder zu erobern gedenke, sondern nur die günstigsten Handelsverträge und den Beitrag eines Theils unserer finanziellen Gesamtverpflichtungen beabsichtigen könne; die Realisirung dessen sei aber nur möglich, wenn man mittelst des Auftretens einer imposanten Heeresmacht schleunigst einen Hauptschlag ausführen werde, statt jenes Land noch mehr auszusaugen.

Innsbruck, 11. Juni. [Der Kaiser will noch länger in Innsbruck bleiben. Reaktionäre Umtriebe.] Von wohlunterrichteten Personen höre ich, daß Se. Majestät der Kaiser nicht sobald nach Wien zurückkehren wird. Noch immer glauben Personen seiner nächsten Umgebung, daß die Sicherheit seiner geheiligten Person in Ihrer Hauptstadt nicht hinlänglich gewährleistet sei. Das ist ein großes Un Glück, denn welchen Eindruck wird es machen, wenn es sich bestätigt, daß das kaiserliche Versprechen, den konstituierenden Reichstag in Wien zu eröffnen und dann den treuen Ungarn in Budapest einen Besuch zu machen, nicht zur Ausführung kommt. Der Plan zur Reise des Kaisers war vollkommen fertig, die Tage der Abreise und des Aufenthaltes in Salzburg, Linz und Wien genau festgesetzt und nun ist Alles wieder vereitelt. Die Wohlgesinnten hoffen nun Alles von dem Einfluß des Grafen Stadion. Möge dieser sich mit Erzherzog Johann, Wessenberg und Dobblhoff vereinigen, um der unseligen Weiverherrschaft, welche Oesterreich an den Rand des Abgrundes zu bringen.

Ein Bericht des „Tyrolerboten“ enthält ein Verzeichniß der Unterzeichner einer im Lande Tyrol zirkulirenden Petition um Reform der landständischen Verfassung. Nachdem dieser Petition Hindernisse genug in den Weg gelegt worden waren, erschien das ausführliche Ergebnis, und genaue Angabe der Orte, wo, und die Anzahl wie viel solche unterschrieben haben. Dieser Beweis eines scheinbaren Liberalismus scheint aber nichts anderes, als eine neue Perfidie zu sein. Sagt man doch schon hier und da, man wolle so den künstlich aufgeregten rohen Massen die Opfer ihres Unzulänglichkeit bezeichnen. Uebrigens herrscht die Camarilla nach wie vor. Es ist sehr bezeichnend, daß man für solche Hofkomplote einen weiblichen und spanischen Namen gewählt hat. Erzherzog Johann verzweifelt an dem Erfolge seiner volksfreundlichen Bemühungen, man sagt, er wolle wieder nach Südtirol oder gar in völlige Zurückgezogenheit nach Bödenberg gehen. Zwischen Innsbruck und München findet ein lebhafter Courierwechsel statt; verschiedene Gerüchte über reactionaire Umtiefe tauchen auf und finden auch in anderen Thülen Deutschlands einen dumpfen Widerhall.

(Oester. 3.)

[Die Revolte in Prag] Wien, 15. Juni. [Amtliche Berichte.] 1) So eden eingehender Despatch vom 14. 2 Uhr Nachts zu Folge, ist FML Fürst Windischgrätz vollkommen Meister der Stadt geblieben. 2) Nach einer an den Minister des Innern aus Prag eingelangten telegraphischen Nachricht vom 14. d. Mts. um 2 Uhr Mittags sind den Aufrührern Bedingungen gesetzt worden, zu deren Ausführung nunmehr geschritten wird, die Barricaden sind theilweise abgeräumt und in der Stadt herrschte bei dem Abgänge der Nachricht Ruhe. — Ueber die nähere Veranlassung der ausgebrochenen Unruhen fühlten noch völkliche Auskünfte. — Der Gubernial-Präsident Graf Thun ist bereits seit gestern wieder auf freiem Fuße.

Wir lassen nunmehr die Privatberichte der Wiener Blätter folgen:

(Oester. 3.) Prag. Aus dem Munde eines gestorbenen Dienstags, früh mit dem Train nach Wien abgegangenen achtbaren Reisenden haben wir erfahren, daß noch immer ein starkes Feuern gehörte wurde, das die ganze Nacht hindurch währete. Er berichtet von Grauelscenen, die der Pöbel und die Swornost (ein bewaffnetes Czechen-Corps — Concordia) daselbst verübte. Vor der Thürze seines Hauses sah er einen Haufen

Buben einen Ulanen, der, nachdem das Pferd unter dem Leibe ihm durchstochen wurde, die Flucht ergreifen musste, mit Steinen erschlagen. So ergehe es aber auch, sagte er, jedem Soldaten, der vereinzelt getroffen wird. Die Nationalgarde selbst soll gar keinen Anhänger an dem Kampfe genommen haben. Ueber die Veranlassung zu diesem Zusammenstoß berichtet er, daß nach einer auf dem Rossmarkt abgehaltenen slavischen Messe Scharen des Swornost und Pöbels vor der Wache dieses Platzes unter Absingung von Spottliedern vorüberzogen, und sich endlich vor dem Palais des Commandirenden Windischgrätz aufstellten, laut die Aussierung einer gewissen Menge von Gewehren und Kanonen verlangend. Hierbei fielen Schmähworte gegen den Fürsten. Die seit einiger Zeit dort verstärkte Wache wollte dies nicht dulden, forderte zum Auseinandersetzen auf, in Folge dessen Steine auf sie geworfen wurden, so daß sie von der Waffe Gebrauch machen mußte. Das war nun das Signal zum Ausbruche. Windischgrätz zog sich auf die Kleinseite zurück, und nahm die Altstadt im Sturm. Seine Frau und sein Sohn sind durch Schüsse aus dem „goldnen Engel“ verwundet (leider getötet!) worden. General Raizer (?) und der Adjutant des Commandanten, ein Oberstleutnant, befinden sich unter den Gefallenen.

(Oester. 3.) Prag. Ueber den Beginn der gegenwärtigen blutigen Konflikte in Prag können wir nun folgendes zuverlässige mithören. Die sehr lange in Gährung begriffene ultra-czechische Partei suchte nämlich in dem Umstände, daß Fürst Windischgrätz nach der am Sonntag abgehaltenen Militärparade, 2 bespannte Batterien auf den Hradchin, 2 auf dem Wischerad und eine in der Josephskaserne aufführen ließ, eine Veranlassung zum offenen Hervortreten zu finden. Eine aus ihnen gewählte Deputation bezog sich am selben Tage noch zum Erzherzog Ferdinand Carl, Rechenschaft für diese Maßregel fordern, erhielt aber zur Antwort, daß er von der Sache nichts wisse und daß er das Kommando bereits an den Fürsten Windischgrätz übertragen habe. Montags gegen 12 Uhr (für diesen Tag fürchtete man nach umhergehenden Gerüchten sehr) zog nach abgehaltener slavischen Feiermesse eine Schaar von Swornost und Pöbel vom Rossmarkt über den Graben, Schmählieder singend und bewegte sich durch das Thor des Pulverthurms bis zum Generalkommando hin. Dort begaben sich einige zum Fürsten, fragten denselben über die Ursachen der getroffenen militärischen Maßregeln, erhielten aber zur Antwort, daß er darüber ihnen keine Antwort schuldig sei. Getreue und Kanonen, welche von ihm auch verlangt werden, könne er nicht geben, da sie sein Eigenthum nicht seien, was aber die Fortsetzung betreffe, er möge abtreten, so hänge dieses vom Kaiser ab; er gebe ihnen aber jedenfalls die Versicherung, daß, so wie er früher ein fester Anhänger des alten Systems gewesen, nun ein eben so fester des neuen konstitutionellen sein werde. Dieses Alles bestätigte die unten dicht an einander gedrängten Massen nicht. Sie schmähten, lärmten, ja machten eine formelle Kavallerie. Ein Offizier trat aus dem Palais und ermahnte sie auseinander zu gehen, oder doch wenigstens das Tumultuarische zu unterlassen. Einer der Swornost zog den Degen gegen ihn, ein anderer entladete ein Terzerol. In Folge dessen drang das aus der anstossenden Kaserne schnell herbeieilende Militär mit gesäultem Bayonet vor, wurde aber mit Schüssen empfangen. — So entspann sich der Kampf. Die Fürstin, die zum Fenster herantrat, und die Hände faltend an die unten stehenden Massen sich wendete, gleichsam Ruhe bittend, wurde in demselben Augenblicke durch einen vom gegenüberliegenden Hotel, „golden Engel“, hergekommenen Schuß dar niedergestreckt. Die Massen musten sich mit dem Verluste von beiläufig 20 Todten gegen den Graben zurückziehen. Vom Anfange desselben, vom „blauen Stern“ und den „drei Karpen“ fielen auch aus den Fenstern Schüsse auf das Militär und so war auch hier ein Scharmüsel, das mehreren Menschen das Leben kostete. Gleichzeitig mit diesen Attaken fielen auch auf dem Rossmarkt solche vor. Aus dem an den Wachposten anstossendem Hause wurde auf das Militär gefeuert und dieses sah sich gezwungen scharf einzuschreiten. Es zog sich der Kampf gegen die Wassergasse hin. Auch im Innern der Altstadt entbrannte er heftig. Die Kettenbrücke wurde, um die Verbindung mit der Kleinseite unmöglich zu machen, zum Theile demolirt, die Brückenköpfe verbarricadiert. Die in der Stadt an allen Seiten errichteten Barricaden mußten im Sturme genommen werden. Gegen 200 Kartätschenschüsse sollen bis 10 Uhr Abends gefallen sein. Es war dies aber nicht nur ein Conflict zwischen dem Militär und den Swornost, sondern auch zwischen den Czechen und den Deutschen. Denn auch gegen letztere legte man, wo man mit ihnen zusammentraf, an. Windischgrätz occupierte endlich, nach langem Widerstande der in der Altstadt und auf der Kleinseite ihm entgegengesetzt wurde, den Hradchin. In der Nacht hörte man nur einzelne Kanonen- und Fintenschüsse. Um 2 Uhr Morgens, wo eine Familie zur

Eisenbahn sich flüchtete, fand sie die Straßen, die sie durchging, leer, und nur von dem dort kampierenden Militär besetzt. Beim Abgang des Trains hörte sie aber wieder eine starke Kanonade. — Neuere Nachrichten. Gleich beim Beginn des Kampfes wurde auf dem Graben das Museum, der Sitz des Swornost, von wo aus man allerhand Möbeln zur Errichtung von Barricaden herabwarf, gestürmt. Am Roßmarkte wurde dem wachehabenden Offizier, da er auf die Frage, warum die Kanonen aufgefahren seien, etwas lakonisch geantwortet, von einem Swornostoffizier der Kopf gespalten, und das Militär hielt da eine dreimalige Salve des Volkes aus, bevor es mit dem Gewehr einschritt. Ein Kapuziner, der hier eine Schaar aufführte, wurde erschossen. Der Sohn des Fürsten Windischgrätz, der voll Grimm über den Tod seiner Mutter, das Pferd besiegen, stürzte, im Schenkel stark verwundet, von demselben und dem Offizier, der an seiner Stelle den Befehl übernahm, ging es nicht besser. In der Zeltnergasse, wo Barricade an Barricade stieß und aus den Fenstern und Kellern der Häuser auf das Militär geschossen und mit Steinen geworfen wurde, fielen sehr viele Opfer. Von einer Compagnie Wellington, die hier stand, sollen nur einige Wenige übriggeblieben sein. Fäster, im ezech. Herzogsornate, fand hier einen originalen Tod. Umgeben von Amazonen und Swornost, auf der Spize einer Barricade stehend, wollte er beim Anzuge der Truppen stehen, wurde aber in demselben Augenblick von einem neben ihm stehenden Waffenbruder, der darüber empört war, niedergestossen. Die ganze Abtheilung aber hielt nicht Stich, sondern zog sich in die Häuser zurück. Aus einem Keller, den die Soldaten durchsuchten, wurden 15 der Swornost hervorgebracht, in die Kavalleriekaserne getrieben und dort gequälbt. Auch in der Jesuitengasse und vorzüglich auf der steinernen Brücke floß viel Blut. Auf letzterer wurden Leichen und Verwundete in die Moldau geworfen. Zwei Compagnien von deutschen Studenten, heißt es, haben sich in Anbetracht dessen, daß die ganze Bewegung gegen die Deutschen gerichtet war, dem Militär angeschlossen, und wurden bei Eroberung der Barricaden verwendet.

(Wiener Z.) Prag. Es steht sich nun heraus, daß die Schuld an diesem blutigen Ereignisse größtentheils der Swornost-Partei zuzuschreiben ist, und um den Anfang des Zusammenstoßes am 12ten besser zu beleuchten, ist es nödig, daß wir noch Einiges hinzufügen. Nachdem man nämlich dem FML. Windischgrätz schon Sonnabends den 10ten in Folge der von ihm erhaltenen abschlägigen Antwort eine Kahlenmusik gebracht hatte, zog die Swornost-Partei, wie bereits früher erwähnt wurde, vor das Generalkommando, indem sie sich singend über den Namen Windischgrätz lustig machte. Nachdem die von Seite des anwesenden Militärs ergangene Aufforderung zu Ruhe nicht beachtet und im Gewirre aus einem Fenster des Gasthofes zum Engel die Gemahlin des FML., welche eben aus dem Fenster herabsah, erschossen worden war, trat FML. Fürst Windischgrätz selbst unter die Menge herab und sprach ungefähr Folgendes: „Meine Herren! Wenn es Ihr Wunsch ist, mir, weil ich ein Aristokrat bin, eine Kahlenmusik zu bringen, so ziehen Sie vor mein Palais und thun Sie dort, was Ihnen beliebt. Ich will Ihnen sogar eine Sicherheitswache mitgeben, damit Sie in Ihrer Unterhaltung nicht gestört werden. Wenn Sie mir aber, weil ich Kommandant von Prag bin, im Angesicht dieses Gebäudes eine Demonstration zu machen beabsichtigen, so sage ich Ihnen, daß ich einen solchen Schritt mit aller mir zu Gebote stehenden Strenge ahnden werde. Meine Gemahlin liegt bereits als Leiche oben, und doch spreche ich in Güte zu Ihnen. Meine Herren! zwingen Sie mich nicht zur Strenge.“ Nachdem der Kommandant seine Rede geendet, wurde er statt aller Antwort von zwei Gezechen gepackt und zur nächsten Latrine gezogen, wo enan bereits einen Strick in Bereitschaft hielt. Da jedoch in demselben Augenblick die Soldaten mit gefälltem Vojonette in die Menge eindrangen, so wurde der FML. in wenigen Sekunden befreit, und die Ereignisse nahmen hierauf den von uns bereits erwähnten Fortgang.

SS Pesth, 13. Juni. [Aufführung der aufzührerischen italienischen Truppen. Absperzung der Stadt gegen Fremde. Gerücht über eine beabsichtigte Ermordung des Erzherzogs Statthalters.] Den 600 Mann starken 4 Kompagnien des italienischen Regiments Eccopieri in der Invaliden-Kaserne wurde gestern bis 12 Uhr Mittag Bedenkzeit zur Abgabe der Waffen gelassen. Die Italiener, von welchen viele bittere Thränen über das Geschehene vergossen, und deren Verführung durch die illirischen und böhmischen Offiziere, so wie auch durch fremde Aufwiegler keinem Zweifel mehr unterliegt, verlangten aber, daß der Erzherzog Statthalter persönlich ihnen Lebenssicherheit vor dem aufgeregteten Volke verspreche. Dies geschah und nach Ablieferung der Was-

sen wurden die Italiener zwischen starken Spalieren von Nationalgarden auf drei Dampfschiffe gebracht und nach der Festung Komarn geführt. Der Erzherzog und einige Minister waren an der Spize des Zuges, um das Volk zu beschwichtigen. Dieses war auch, nachdem es die wahren Urheber des Attentats erkannte, lange nicht mehr so wütend gegen die Italiener, wie in der Nacht. Man wünscht sogar eine möglichst baldige Aussöhnung mit den Italienern, aber eine exemplarische Bestrafung der schuldigen Offiziere. Man beklagt bis heute 7 Tote und 13 schwer verwundete in der Kaserne selbst. Die Zahl der Verwundeten außerhalb der Kaserne soll sehr gering sein. Von den Italienern sind 2 tot und 8 verwundet. Bei diesem Kravall hatte man Gelegenheit, die Riesenkraft der ungarnischen Pustensöhne zu bewundern. Ohne Waffen hatten sie mächtige Eisengüter aus den Mauern gerissen und ganze steinerne Treppengänge ausgehoben. Sie hätten auch die Italiener trotz ihres Geschwurfeuers gänzlich niedergemacht, wenn nicht der Kriegsminister zur rechten Zeit erschienen wäre und dem Kampfe Einhalt gehan hätte. 1000 Schüsse sollen abgefeuert worden sein. Dem trefflichen Adjutanten des Regiments Turzky, Baron Massburg, fuhren 3 Kugeln durch den Kopf. Ein eben angeschlagenes Ministerialplacat befiehlt allen Fremden, binnen 24 Stunden unsere Doppelstadt zu verlassen. Die auf der Eisenbahn und den Dampfschiffen ankommenden Fremden werden den strengsten Pass- und aufenthaltspolizeischen Maßregeln unterworfen. Diese in Ungarn beispiellose polizeiliche Strenge wird durch die Entdeckung begründet, daß viele Fremde hier Unruhen zu stiften suchen. Das Ministerialplacat sagt nichts weiter, aber aus anderer Quelle erfahren wir, daß man vielen Aufwiegern aus Wien und Prag auf der Spur ist, welche durch Anzettelung von Unordnungen aller Art, die angekündigte Ankunft d.s Königs zu verbünden hoffen. Eine besondere außerordentliche Polizeikommission ist hier niedergesetzt worden. — Die andern 3 Compagnien des italienischen Regiments Eccopieri gehen heut auf Dampfschiffen nach Groß-Kitanda ab.

Nachschrift. Eben durchläuft die ganze Stadt das, wie es scheint, unglaubliche Lärmgerücht von einem in der k. Burg zu Osen ergriffenen Meuchelmöder, welcher den Erzherzog Statthalter ermorden wollte. Da nur noch einige Minuten zum Postabgang fehlen, so müssen wir die Bestätigung oder Widerlegung dieses Gerüchtes auf morgen verschieben.

* [Kriegsschauplatz.] Zufolge der neuesten Nachrichten aus Conegliano vom 13. Juni war alldort ein Courier des Marschalls Grafen Radetzky auf der direktten Straße von Vicenza eingetroffen. Feldmarschall-Lieutenant Baron Stürmer hatte sich mit dem Marschall vereinigt. Vicenza ist nach einem heftigen Bombardement vom Marschall mit Sturm genommen worden. Unser Willst, gegen 400 Mann, ist im Verhältnis unbedeutend, allein wir haben darunter 24 Offiziere, unter denen der Feldmarschall-Lieutenant Fürst Thurn und Taxis und 2 Oberste stad, zu beklagen. Es sind in Vicenza ungeheure Vorräthe erbeutet worden. 6000 pädstliche, neapolit. und piemont. Soldaten sind theils gefangen, theils getötet. — In Treviso wußte man diese Nachricht schon gestern. Alles flüchtet sich nach Venezia. — Nach Berichten aus Triest vom 13ten hatte sich die sardinische Flotte an diesem Tage von dort entfernt.

Italien.

SS Rom, 5. Juni. [Pressefreiheit. Eröffnung der Kammern]. Diesen Morgen ließ Se. Heiligkeit ein Motu proprio vom 3. d. M. bekannt machen, welches mit unendlichem Jubel begrüßt ward. Es ist ein würdiges Festangebinde für heute, wo die Eröffnung der Kammern wirklich durch den Kard. Altieri in der Cancelleria erfolgte; denn es verleiht Pressefreiheit. Die vorzüglichsten Bestimmungen sind diese: Die Präventivcensur jeder Art ist aufgehoben. Die Journalistik steht von nun an unter der Obhut des Ministers des Innern. Die Eröffnung einer neuen Druckerei ist 14 Tage vorher den betreffenden Behörden anzuseigen. — Für die Tagspresse: Jeder päpstliche Unterthan, vorausgesetzt er genießt die bürgerlichen Rechte in ihrer ganzen Ausdehnung, darf jede beliebige periodische Schrift herausgeben. Der Direktor des Blattes muß ein Inländer sein. Wer die Presse dazu benutzt, die Religion, die Moral, die Kirche und ihre Diener zu verunrechnen, büßt mit 1 bis 12-monatlicher Gefängnisstrafe; mit 3 bis 6-monatlicher Haft, wer die zeitliche Landesoberherrslichkeit des Papst's, das Conclave angreift. Bestraft wird auch, wer den Papst und die Kardinäle für das Verfahren der säkularen Regierung verantwortlich macht, fremde Fürsten und ihre hiesigen Repräsentanten, Agenten, die Sitz- und Stimmführer des hohen Staatsraths und in den Kammern des Kirchenstaats beschimpft. — Die kirchliche Censur bleibt mit einigen Veränderungen die bisherige Präventivcensur für alle Schriften

über Theologie, Moral, Kirchenrecht, Kirchengeschichte, Egregie.

Frankreich.

□ Paris, 12. Juni. [Die jüngsten Parteien und ihre Führer.] Aufs Neue zeichnen sich die Parteien scharf ab und werden von jetzt an unaussöchliche, täglich treffende Merkmale führen. Die Erfahrung haben, die Böcke von den Schafen gesondert, wie ein reaktionäres Blatt sich vernehmen läßt. Ein Thiers mit neunzigtausend, ihm gegenüber ein Cabet mit achtundsechzigtausend Stimmen (allerdings nicht genügend für diesmal, dem greisen Kommunisten-Chef den Eintritt in die Kammer zu verschaffen) das sind schroffere Gegensätze als sich vor Wochen noch erwartet ließ. Die Reaktion geht nunmehr ganz dreist auf Herstellen einer Oberherrschaft in Person des Bonaparte, Sohn des König Louis von Holland, oder in Person des Herrn Thiers, oder des Prinzen Joinville, oder irgend eines sonstigen „gewichtigen Mannes“, wie der Constitutionnel (Blatt des Herrn Thiers) neulich sagte, und seufzend bemerkte, es sei ein bedenklicher Mangel an gewichtigen Männern in dieser Epoche, und das sei schlimm, denn ohne große Persönlichkeiten könne eine Revolution sich nicht retten. Diese Reaktionspartei ist zu kurzsichtig, um zu wissen, daß die Revolution auch ohne einzelne hervorragende Menschen, und lediglich durch den Konkurs der Gesamtheit, vorwärtsrücken kann; sie muß freilich stets ein Göbenbild vor sich hinplastzen, und sei es auch nichts als ein Familienname. Dieser Louis Bonaparte ist nämlich einer der bedeutungslosesten Geister der Zeit, der durch die Erinnerung an seinen Oheim halb verträumt vor Hochmuth geworden, und durchaus ein großer Mann werden will. Bis jetzt hat er es nur zu allt. kleinen Blödmagen gebracht, z. B. seine Abenteuer in Frankreich unter Louis Philippe, seine komisch-ritterliche Bramabasolle in der Schweiz, sein Verhalten in London, wo er neulich sich als Polizei-volontär gegen die Chartisten hatte inrollieren lassen. Er hat einige unwichtige Broschüren geschrieben über Militärkolonien. Dieser Mensch ist aber sehr mächtig durch sein auf sechzig Millionen Franks gestiegenes Kapital und seinen Familiennamen; jenes wie dieser besitzt eine Baubermacht, wie weder Heinrich V. noch Prinz Joinville sie haben, und es ist gewiß, er wird, mag er auch ein ehrlicher Republikaner heute noch sein (die Schweiz hat ihm das Bürgerrecht geschenkt), dennoch bald zum Fahnenbild einer Partei werden, die der Republik den Garaus machen möchte. So z. B. sind die fünfzehn Millionen Bauern Frankreichs — bekanntlich stets reaktionär — jetzt fast alle auf einmal bonapartistisch gesinnt, was natürlich durch höchst päßtige und höchst klingende Beweggründe, wos mit seine Partei umzugehn weiß, hervorgebracht worden ist, denn in den ersten Wahlen dachte keine Seele an ihn, während er jetzt von den Bauern im parisi. Weichbild an neunzigtausend Stimmen bekommen hat; auch haben sich in den Provinzen am diesmaligen Wahltag Schlägereien ereignet, an 3000 Bauern z. B. riefen unweit Saint-s: herunter mit der Republik, Napoleon hoch! Man hat zudem den geistbeschrankten, an Geschwindes sich festklammernden Ackerleuten eingeblasen: der Neffe des Kaisers werde Handel und Landbau mit einem Ruck in die Höhe helfen und die Faulenzer (so nennt der Bauer die industriellen Arbeiter in den Städten), mit Kartätschen fleißig machen. — Dies kann man wörtlich zu vernehmen bekommen, wenn man sich in Diskussionen auf dem Lande einzählt. Auch meinten manche auf der Straße hier selbst: der Neffe könne wiederholen, was der Oheim einst in St. Cloud gehan, d. h. eines Morgens die Nationalversammlung mit Bajonetten sprengen. So wir sind die Leute. — Die Geschäftleute gehen übrigens so misereabel, daß viele kleine Bourgeois bereits wieder in das Proletariat, woraus sie sich kaum emporgehoben, hinzabsinken. Die Arbeiter, die Kaufleute, die Zwischenhändler, alle diese leiden mehr oder minder. Kein Verwundern, wenn die Intrigen jetzt ihre Spiele treiben. Es ist schlechthin unberechenbar, was in einigen Monaten da sein wird; ein Thron, ein Diktatorenstuhl, ein Protectorsthül: alles ist mögl. So eben erhöht wies der Generalmarsch. Ein Theil Arbeiter soll von Joinville, ein anderer von Henri V., ein dritter von Bonaparte bestochen sein, was bei der furchterlichen Brotnoth der Arbeiter und dem riesigen Reichthum der Konräntendenten k. in Erstaunen erregen dürfte. Dann wäre Bürgerkrieg da. — Ich glaube aber, daß ein Souverän, welch Stammes und Titels er auch sei, sich nicht lange mehr h' er erhalten wird. Die Stimmung ist namlos peinlich in Paris, und noch ärger in den Provinzen. Man sieht aber (und das ist das Erfreulichste meines Briefes), daß Frankreich in keinem Falle mehr ohne Deutschland bestehen kann.

[Vergangene und befürchtete Unruhen. — Diplomaten.] Seltsame Gerüchte sind im Umlaufe. Man versichert, es sei vereinbart worden, daß die Verschwörer mit dem Plan umgegangen, nach dem Bande Feuer anzuladen. Sie hätten Perpetuinessenz auf die Häuser sprühen wollen und während des Brandes

isch des Hotel de Ville bemächtigen. Die Klubbs haben förmlich Sonnabend Abend das Bankett aufgegeben, weil sie den Unruhestiftern nicht in die Hände arbeiten wollten. Uebrigens protestieren die Klubbs gegen das Aufstufegesetz, welches sie für ungesehlich erklären. Gestern Abend herrschte Ruhe und die bewaffnete Macht brauchte nicht mehr die Haufen auseinander zu treiben. Dies hatte man den Abend vorher getroffenen Maßregeln zu verdanken. Man hatte nämlich bemerkt, daß von den Fenstern eines Kaffeehauses aus, das den Winkel des Boulevard mit der rue de St. Denis bildet, die Bewegungen der Ruhestörer durch Signale geleitet wurden. Sogar warf man mit Flaschen und anderen Gegenständen aus dem Kaffeehaus auf die Soldaten; man umzingelte das Haus und verhaftete alle dort befindlichen Personen, die sich bis auf die Dächer hinflüchtet hatten. Man fand sogar einige Dolche und Vermerkungen, woraus man entnahm, wie viel Sold gewisse Individuen erhalten. Auch ein Weinhause und ein benachbartes Kaffeehaus, wo sich gewöhnlich die Lärmacher vereinigten, wurde mit Gewalt geräumt. Gegen 9 Uhr Morgens führten die Truppen alle gefangenen Individuen, etwa 1000 an der Zahl, nach der Polizei-Präfektur. Zwei Volksrepräsentanten wurden trotz ihrer Reklamationen festgehalten. Es scheint, daß man die Ruhe gestern Dem zu verdanken hat, daß die Rädelsführer gefangen seien. Heute früh wurde ein Individuum festgenommen, welches Plakate mit der Inschrift: „Es lebe Heinrich V. anhören wollte.“ — Hr. Poussin ist zum bevollmächtigten Minister bei der nordamerikanischen Republik, Hr. Humann in gleicher Eigenschaft beim Kurfürsten von Hessen ernannt worden. (Aach. 3.)

[Declercscher Finanzplan.] Ein Morgen-Journal sagt: „Der Finanzplan Declerc's ist kein Geheimnis mehr. Der Staat ist um 1000 Mill. Frs. im Rückstande, und die Regierung bedarf außerdem 500 Millionen. Um diese 1500 Millionen herbeizuschaffen, was durch Besteuerung nicht angeht, will die Regierung 400 Millionen von der Bank begehren, indem sie ihr die Eisenbahnen zur Hypothek giebt, und außerdem die Ausgabe von Bank-Bills für 1100 Mill. vorschlagen. Es fragt sich nur, ob die Bank und die National-Versammlung der leichteren Maßregel zustimmen werden.“ Ein anderes Blatt behauptet, daß die Regierung sich schon mit der Bank über die Mittel zur Ausführung d's Declercschen Finanzplanes verständigt habe.

Ein in Barcelona erscheinendes Blatt meldet, daß Gabrera an der Gränze von Catalonien angekommen wäre und sein vormaliger General, Forcadell, dieselbe mit einer Bande überschritten hätte.

Strassburg, 8. Juni. [Truppen-Verstärkungen und Rüstungen.] Das zuletzt ausgehobene Kontingent ist nun ebenfalls unter die Fahnen gerufen. Innerhalb 8 Tagen wird also das Heer um nicht weniger als 80,000 Mann vermehrt sein. Die im Elsass liegenden Regimenter werden jedenfalls eine beträchtliche Verstärkung erhalten, allein von der Bildung einer 40 — 50,000 Mann starken Rhein-Armee wird erst dann die Rede sein, wenn die jenseitige deutsche Gränze außerordentlich besetzt werden sollte. In Metz ist vor einigen Tagen der Befehl eingetroffen, abermals sechs Batterien Artillerie auf den Kriegssuß zu setzen. Dieselben schlagen ihren Weg grosstheils nach dem südlichen Frankreich ein, nur zwei davon bleiben vor der Hand im Vogesen-Departement. Für die Armirung der pariser Festungswerke, so wie für das Alpenheer, geht fortwährend viel Geschütz aus unserem Zeughause ab. Bei all den Rüstungen giebt man sich indessen immer noch der Hoffnung hin, daß es zu keinem Kriege kommen und Italien der bewaffneten Dazwischenkunst Frankreichs nicht bedürfen werde. (Köln. 3.)

Niederlande.

Gaag, 11. Juni. [Verfassungs-Aenderungen.] Die Generalstaaten werden den 20. Juni ihre Sitzungen eröffnen. Bedeutende Veränderungen sollen im Entwurfe des Grundgesetzes vorgenommen sein. Die Mitglieder der ersten Kammer sollen auf neun Jahre gewählt und jährlich je zum Drittel erneut werden. Dem Könige soll die Ernennung des Präfekten wie jene der Bürgermeister zustehen.

Lokales und Provinzielles.

* Breslau, 16. Juni. [Erste General-Versammlung des Provinzial-Vereins für das höhere Schulwesen.] In Folge einer unterm 22. April d. J. an sämtliche Gymnasien und Realschulen Schlesiens zur Bildung eines Provinzial-Vereins für das höhere Schulwesen von dem höheren Lehrstande Brüsslaus erlassenen Aufforderung und gemäß der Festsetzung der am 13. Mai abgehaltenen vorberathenden Versammlung der Abgeordneten der schlesischen Gymnasien und Realschulen fand vorgestern und gestern die erste General-Versammlung dieses Vereins statt. Nach der Wahl des die Tagesgeschäfte leitenden Vorstandes wurde der im Staats-Anzeiger befind-

liche Ministerial-Erlaß vom 8ten d. zur Sprache gebracht und eine Verwahrung gegen denselben unverzagt entworfen, unterzeichnet und an das Ministerium abgesandt. — Die Verwahrung ist gerichtet gegen die vom Gouvernement ausgehende Einberufung einer Kommission von Direktoren und Lehrern*) und beastragt die Einberufung von den aus freier Wahl des gesammten höheren Lehrstandes hervorgegangenen Vertretern. Hierauf schritt der Verein zu Erörterung der von der erwähnten vorberathenden Versammlung vorläufig angenommenen Statuten und der von derselben aufgestellten Propositionen, wonach in Bezug auf jene als Zweck des Vereins: „Förderung des Gedeihens des höheren Schulwesens durch eine zeitgemäße Einwirkung des betreffenden Lehrerstandes auf die inneren und äusseren Angelegenheiten der höheren Schul-Anstalten“ ausgesprochen, in Bezug auf diese vorzüglich nach den 4 Kategorien, welche

- 1) das Verhältniß der Anstalten zu dem Ministerium und den Provinzial-Behörden;
- 2) die Stellung der Lehrer in den Kollegien;
- 3) die Regelung der Verhältnisse der Kandidaten;
- 4) die in dem Organismus der Anstalten nothwendigen oder wünschenswerthen Veränderungen betreffen, etwa 26 Propositionen beschlossen wurden.

Zur Erledigung aller Angelegenheiten des Vereins, welcher jährlich mindestens zu einer General-Versammlung, und zwar Mittwoch nach dem Osterfest, in Breslau zusammentritt, wurde ein aus 5 Mitgliedern bestehendes Komitee (in Direktoren Klecke, Schönborn, Wissowa und den Oberlehrern Hoffmann aus Neisse und Guttman), dessen Funktionen mit der Eröffnung der nächsten Versammlung enden, so wie ein Rechnungsführer auf 1 Jahr (Oberlehrer Stenzel) gewählt, und beschlossen, den schon bestehenden oder noch sich bildenden Lehrervereinen für das höhere Schulwesen ausführliche Mittheilungen zugehen zu lassen.

Nachdem da die Bestrebungen des Vereins, besonders auf Errichtung einer engen, brüderlichen Verbindung des höheren Lehrerstandes zu segensreicher Thätigkeit seiner Mitglieder in der Provinz und im Vaterlande ein Hoch ausgebracht worden war, trennte sich die Versammlung, zu der nahe an 100 Theilnehmer sich eingefunden hatten, in dem Bewußtsein, den ersten Schritt zu diesem Ziele redlich angebahnt zu haben und mit dem Vorlage, treu bis zur Erreichung derselben auszuhalten.

* Breslau, 16. Juli. [Sitzung der Stadtverordneten. Petition, betreffend die Zurückgabe der Polizeiverwaltung an die Stadtgemeinde. Angelegenheit der Oberbürgermeister-Wahl; desgleichen die Wahl des Baron v. Stücke zum unbefeuerten Stadtrath.] In der Stadtverordneten-Sitzung vom 15ten theilte der stellvertretende Vorsteher, Herr Kopisch, der Versammlung die Petition mit, welche wegen Rückgabe der Polizei an die Magisträte Seitens des Magistrats und der Stadtverordneten an die National-Versammlung in Berlin überreicht worden ist. Die Beschlussnahme über die Petition war bereits in einer früheren Sitzung erfolgt, und die Ausführung dem Magistrat überlassen. Die Petition ist von kräftiger Fassung und sehr wohl motivirt. Von jener hätten die Städte selbst die Polizei gelöst; daß man ihnen dies Recht genommen, sei eine Beschränkung der Freiheit. Die königliche Polizei habe etwas Gehässiges; sie gebe leicht Veranlassung zu De-nunciationen &c. Die königliche Polizei vertrage sich überhaupt nicht mit den Institutionen eines freien Staates, da sie nicht auf freier Wahl beruht. Ihre Existenz stehe mit dem Wesen eines Polizei-Staats in Verbindung. Dass, wo der Staat die Bürger bevolundet, wo das Präventiv-System regiert, wo die Selbstregierung verpönt ist, da allerdings müsse das Auge einer besondern Polizei die Bürger bewachen. In unserm Staate dogegen, der mit dem 19. März den Charakter des Polizei-Staats abgestreift und sich zum Rechts-Staat gestaltet hat, in unserm Lande, dem eine Verfassung auf breitesten Grundlage verheißen worden, könne unmöglich das bisherige Polizei-Institut noch fortbestehen. Wenn der Magistrat die städtische Polizei verwalte, so können die Angelegenheiten auch kollegialisch verfahren werden und würde der Geschäftsgang bei witem ein kürzerer werden, da alle An- und Nachfragen zwischen Polizei und Magistrat wegfallen. Dies der unglaubliche Inhalt der Petition, was wir nach bloßem Anhören referiren und wobi wir sowohl auf Vollständigkeit als auf genaues Wiedergeben der in der Petition gebrauchten Ausdrücke verzichten müssen.

Nach Vorlesung der Petition wurde von einer Seite die Frage aufgeworfen, warum man darin den frei gewordenen Staat vom 19. März und nicht vom 18ten datirt habe. Herr Kopisch erwiderte, die Sache sei nicht mehr zu ändern, da die Petition bereits abgegangen ist. Dagegen bemerkte Herr Siebig, daß eigentlich der 22. März hätte angegeben werden müssen. Erst an diesem Tage seien die Grundpfeiler unserer

Freiheit errichtet worden, indem der König den Zusätzlichen der Städte Breslau und Liegnitz die breiteste Grundlage für die Verfassung zugesagt, die Urwahlen bewilligt und die bekannten sieben Gesetz-Vorschläge verheißen habe. — Alslein die Petitur mit dem 19. März ist ein Satz accomplishi, und wir werden nun wohl auch diesen Tag ein für allemal als den Tag unserer aufgegangenen Freiheit festhalten.

In Angelegenheit der Ober-Bürgermeisterwahl sprach sich zunächst der Vorsteher dahin aus, daß, wenn auch zu erwarten stehe, daß mit der neuen Verfassung eine freiere Gemeindeverfassung ins Leben treten, und sonach auch die Wahl eines Oberbürgermeisters nach anderem Modus und anderen Bestimmungen erfolgen dürfe, er es dennoch in unserer so bewogenen Zeit nicht erstaunlich finde, daß das bestehende Provisorium noch verlängert werde, und scheine es ihm vielmehr von höchster Wichtigkeit, daß das Amt des Oberbürgermeisters bald möglichst definitiv besetzt werde. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, und verschob den Wahltag nur deshalb auf 14 Tage, um sich inzwischen über die Kandidaten zu verständigen. Es wurde zwar auch von einer Seite verlangt, die Wahl bis zum Eintritt des neu gewählten Drittels der Stadtverordneten zu verschieben, was jedoch aus dem Grunde abgelehnt ward, daß die neu eintretenden Mitglieder nach eben derselben Prinzip gewählt werden, das bei der gegenwärtigen Versammlung zur Anwendung gekommen, daß kein freier Modus stattfinde, durch den der Aufschub gerechtfertigt erscheinen könnte. Die Versammlung mit dem neuen Drittel sei ganz dieselbe, wie die jüngste; nicht die Ein- und Austrittenden ändern das Wesen der Versammlung, sondern das Wahlprinzip. In Angelegenheit der Wahl des Baron v. Stücke zum unbefeuerten Stadtrath theilte Herr Kopisch mit, daß Herr Stücke die auf ihn gefallene Wahl nicht abgelehnt, gegen die Annahme derselben jedoch das Bedenken erhoben habe, die Bürgerschaft könnte vielleicht in der jüngsten Zeit das Vertrauen zu ihm verloren haben. Die Versammlung entschied sich daher auf den Vorschlag des Vorstehers, eine neue Wahl vorzunehmen, die Hr. Stücke, falls sie wieder auf ihn siele, wie der Vorsteher hinzufügte, ohne jedes Bedenken wahrscheinlich annimmen werde.

Breslau, 16. Juni. [Ein Unglück. — Wasserstand der Oder.] Am 13. d. badeten sich mehrere Knaben an der Wiekweide in der Oder an einem zum Baden nicht bestimmten Platze. Einer von ihnen, der 18 Jahr alte Schlosserlehrling Karl Hippel, geriet in eine tiefe Stelle, sank unter und wurde vom hochgehenden Strome fortgeführt, daher auch die bald darauf versuchte Aufsuchung des Unglücks ohne Erfolg blieb.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am heutigen Ober-Pegel 16 Fuß 2 Zoll, und am Unter-Pegel 4 Fuß mithin ist das Wasser seit dem 10. d. Mon. am ersten um 1 Fuß und am letzten um 1 Fuß 6 Zoll wieder gestiegen.

Theater.

Die Woche brachte in der Oper zwei Reprises. Am Sonntage die Hugenotten und am Mittwoch die Zauberflöte. Die Darstellung der Hugenotten konnte bis auf kleine Einzelheiten vollkommen genügen. Frau Küchenmeister (Valentine), Herr Kahle (Raoul), Fräulein Ubrich (Page), Herr Rieger (St. Bris), Herr Schott (Marcell) boten ihre weichen Kräfte mit Glück für das Ganze dar. Als Glanzpunkt der Vorstellung müssen wir das große Duett im 3. Akt, Valentine und Marcell, welches auch das Publikum zum lautesten Beifall hinführte, hervorheben. Auch der vierte Akt ist unsers vollen Lobes wert; jedoch könnten in der großen Scene der Valentine und des Raouls manche Momente klarer und kräftiger wieder gegeben werden, indessen dergleichen hängt oft vom Glück des Augenblicks ab. Der Chor hielt sich recht brav. Fräulein Bunke als Königin gab auch heute wieder eine Probe ihres recht bedeutenden Talents; sie behauptete sich ehrenvoll in dieser sehr schwierigen Partie. Vieles sang sie recht geschickt und ansprechend und besonders lobend müssen wir anerkennen, daß sie bewußt scheint, dem vorsprünglichen Muster, welches Frau Küchenmeister dieser Rolle bisher gegeben in Manchem glücklich zu folgen. Wir haben indessen schon einmal auf das ungewöhnliche und unschöne Bewegen der Arme hingedeutet und müssen auch heute die junge Sängerin aufmerksam machen, ihre Partie mit weniger Gesten zu begleiten. Warum bleibt zum Beginn des dritten Akts das schöne Soldatenlied mit Chor „Rataplan“ fort? Reichen die Kräfte nicht aus! Wo ist denn Herr Campe? Die Wiederholung der Zauberflöte brachte in die Besetzung einen reichen Gewinn, indem Frau Küchenmeister die Rolle des Pamina inne hatte. Die Künstlerin sang diese wunderbare Partie mit großer Vollendung und ganz im

*) Inzwischen sollen aus Berlin alle Direktoren, aber lediglich diese, und aus Schlesien nur zwei Direktoren (der eine der eines Gymnasiums, der andere der einer höheren Bürgerschule) berufen worden sein.

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 139 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 17. Juni 1848.

(Fortschung.) Geiste des unsterblichen Meisters; namentlich diese schönste aller Arien (g-moll) im zweiten Akt. Wir haben die Stimme seit lange nicht so mild und süß gehört, als eben in dieser Arie. Die übrigen Partien sind erst neulich von uns besprochen worden: wir haben heute nur noch der Gesamtaufführung zu gedenken, die viel gelungener als die letzte war; hauptsächlich trugen die drei Genien bei, deren schwierige Gesangspartien, z. B. im Finale des zweiten Acts von den Damen Arnold, Rose und Müller recht correkt vorgetragen wurden. Die Stimme des Fräulein Arnold scheint einer besondern Beachtung wert. Chor und Orchester verdienen unsern lebhaften Beifall.

Zu Ende unseres Referats müssen wir gestehen, daß die Mitglieder, der Oper sowohl wie des Schauspiels, Alle mit grossem Fleiss und vieler Lust für die Anstalt wirken; es wäre nur zu wünschen, daß das Publikum gleiches Interesse fühlen möchte, um so das Theater unserer Stadt zu sichern. Das jetzt in's Leben gerufene Abonnement in Form einer Lotterie, bei welcher keine Niete gezogen werden kann, bietet die schönste Gelegenheit d'r. von Seiten des Publikums die Theilnahme zu betätigen.

Im Interesse der Kunst fordern wir dringend zum Lotterpiel auf; hier bedingt ein Spiel das andere und spielen wir nicht, so können jene auch nicht weiter spielen.

Schweidnitz, im Juni. [Das Gebäude des Land- und Stadtgerichts.] Schon mehrmals ist in öffentlichen Blättern zur Sprache gebracht worden, daß die Gebäude des hiesigen königl. Land- und Stadtgerichts durchaus nicht mehr ihrem Zweck entprechen, es scheint aber, als wären jene Stimmen nicht an die rechten Ohren gedrungen oder man wolle sie nicht verstehen. Nicht allein, daß die Räume sowohl unzureichend als höchst unzweckmäßig genannt werden müssen, und daß die Parteien auf einem zur Zeit des Winters und sonstiger ungünstiger Witterung mit Zugluft reichlich versehenen Flure sich entweder eine Krankheit oder auch gar den Tod zuziehen, sondern es dienen auch die alten Mauern selbst über den Häuptern ihrer Bewohner zusammenzustürzen. Ein hiesiger Geschäftsmann hat nun zwar versucht, sein neugebautes Haus zur Aufnahme des Land- und Stadtgerichts einzurichten und dem Fiscus auch zum Kauf angeboten, allein wir können behaupten, daß es seinem Zweck ebensowenig entspricht, als das alte Gebäude, denn seize innern Räume sind — da das ganze Gebäude nur eine Front von 4 Fenstern und eine Höhe von 2 Stock hat — nur für eine ganz kurze Zeit, und noch dazu nur höchstens für die Hälfte der Abtheilungen des Gerichts zureichend, ferner so dunkel, daß einige Schritte von den Fenstern entfernt, Niemand ohne Beleuchtung arbeiten kann und endlich im Winter kaum nur einigermaßen genügend zu erheizen. Der Fiscus würde demnach in Kürze genötigt sein, dieses Haus — im Fall der Kauf jetzt wirklich abgeschlossen würde — mit namhaftem Verlust wieder zu verkaufen, oder ein zweites Gebäude anzukaufen und so ein getrenntes, der Verwaltung und des Geschäftsganges höchst nachtheiliges Wesen herbeiführen. Dies haben auch sowohl der kgl. Bauinspektor als der kgl. Regierungs-Baurath erkannt und deshalb den projektierten Ankauf dieses sehr mangelhaften Gebäudes nicht bevorwortet; dennoch versucht man von anderer Seite durch verschiedene Mittel beim Ministerium den Ankauf zu bewirken und somit dem Staat einen sehr bedeutenden Schaden zuzufügen. Wir hoffen, daß Ministerium wird das Urtheil des Bauraths und des Bau-Inspectors sorgsam prüfen, unseren Wink nicht unbeachtet lassen, sondern die Zusicherungen Derer, welche sich bei dem Ankauf des in Rede stehenden Gebäudes die Taschen etwas zu spicken gedenken, zurückweisen und dadurch den Staat vor einem Verlust schützen.

** **Schweidnitz**, 15. Juni. [Demokratischer und demokratisch-konstitutioneller Verein. Pfingstschießen.] Die verschiedenen politischen Richtungen beginnen nun sich in einzelnen Vereinen bestimmter auszuprägen. Anfänglich hatte ein Klub für den Austausch politischer Ideen bestanden, der seine Begründung vom 20. April datierte, der sogenannte Volksverein, für welchen zwar als Tendenz ausgesprochen wurde, auf Begründung eines constitutionellen Königthums auf breiterer Grundlage der Verfassung hinzuwirken, in dem eben auch freie Ausdrückungen anderer politischer Meinungen gehört werden sollten. Seit etwa drei Wochen hat sich hierorts ein eigener demokratischer Klub unter dem Namen „Verein der Freunde“ als Zweigverein des breslauer demokratischen Klubs gebildet, der am hiesigen Orte gegen 90 Mitglieder zählt und bemüht ist,

in den Dorfschaften seiner Wirksamkeit weiteren Umgang zu geben. Zur Errichtung dieses Zweckes sendet er Deputierte nach den benachbarten Dörfern, um Volksversammlungen abzuhalten; vor einigen Tagen wurden solche Zusammenkünfte in Peterwitz, Gröditz, Leichenau veranstaltet. Zu der Hauptversammlung der Abordneten der demokratischen Vereine hat der hiesige Zweigverein gleichfalls einen Deputierten abgeordnet und wie wir hören, einen Theil der Reisekosten zusammengeschossen. — Der hiesige Volksverein hat nun, da den rein demokratischen Elementen, die sich früher ihm mit zugesellt hatten, ein eigener Klub zum Austausch ihrer Ansichten eröffnet ist, eine Reorganisation der Statuten vorgenommen und sich zu einem demokratisch-konstitutionellen Verein umzugestalten beschlossen. Ihm verbübt jedenfalls die grössere Zahl der Mitglieder, da ihm die Männer angehören, die für seine Interessen bisher besonders wirksam gewesen. Bemerkenswerth ist übrigens, daß bei den Schichten unserer Bewohner, die man als die intelligenteren anzusehen gewohnt gewesen, ein gewisser Indifferentismus gegen Erörterung politischer Fragen herrscht. — Ueber dem Nothzustande in den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen hat man der Festsagsfreuden nicht vergessen. Unsere Bürgerschützen, deren Gilde einen bedeutenden Zuwachs der Mitglieder in jüngster Zeit gewonnen hat, begingen in solennem Geist das Pfingstschießen. Sie zogen am zweiten Fiertage Nachmittag, neuquipirt nach dem Schießplatz vor dem Niederthore an der breslauer Straße, und der Comunalarzt Dr. Arnold erwarb sich durch den besten Schuß den einjährigen Thron des Schützenkönigthums.

— **Hirschberg**, 15. Juni. [Ein polit. Verein in Södrich.] — Ein Bernunft-Verein. Es freut mich Ihnen berichten zu können, daß das kleinste Dorf unseres Kreises — Södrich mit einem lobenswerthen Beispiele vorangegangen ist und unter Leitung des dastigen Schullehrers einen Verein gebildet hat, welcher bezweckt: „die Landleute über gegenwärtige Zeitverhältnisse aufzuklären.“ Dieser Verein findet vielen Anklang und wäre es sehr zu wünschen, wenn dem Beispiele Södriggs viele Ortschaften nachfolgten. Es ist der schnellste und richtigste Weg, das politische Bewußtsein zu befördern. — Nun noch ein Curiosum. Es wird uns mitgetheilt, daß der Brauer Martin einen — Bernunftverein — bilden wird. Die Aufforderung zur Theilnahme lautet ungefähr wie folgt: Alle Bernünftige und Unberünftige hierorts werden zu recht zahlreicher Theilnahme menschenfreudlich eingeladen. Nach vollständiger Constituierung des „Bernunftvereins“ soll der sich ergebende Gesamt-Vorrath an Bernunft als Vereinsgut betrachtet, nach Umfang eines jeden Schädels, in möglichst gleichen Portionen (nach communistischen Grundsätzen) unter die Mitglieder des Vereins vertheilt werden. Der Tischlermeister Sachse, der den Vertheilungsplan dazu auf der Hauptfeste zu Glasz entworfen, wird die Vertheilung der Bernunft aus christlicher Bruderliebe übernehmen. Sollte nach derselben (nämlich nach der Vertheilung) noch etwas an Bernunft übrig bleiben, so kann ja solche an auswärtige Ehrenmitglieder gäsfrei abgelassen werden. — So viel mir bekannt zählt der Verein bereits gegen 12—16 Mitglieder, ich weiß jedoch nicht ganz genau, ob dieselben bereits alle Bernunft besitzen oder solche erhalten wollen.

* **Görlitz**, 9. Juni. [Adresse.] Der hiesige Bürger-Verein hat am heutigen Tage eine Adresse an die „Brüder von Berlin“ abgeschickt, in welcher der Dank und die Anerkennung für die Revolution und deren Errungenschaften ausgesprochen wird, in welcher ferner die Berliner aufgefordert werden: zu wachen, männlich und stark sich zu zeigen und die Überzeugung festzuhalten, daß sie im heißen Kampfe nicht allein stehen würden.

Mannigfaltiges.

— **Mainz**. Am 1. Juni Morgens wurde in dem Akademie-Saal des kurfürstlichen Schlosses die erste deutsche National-Buchdrucker-Versammlung eröffnet. Gegen 9 Uhr zogen die sämtlichen Deputierten, das Frankfurter Buchdrucker-Banner an der Spitze, dem Schlosse zu, wo alsbald die Verhandlungen ihren Anfang nahmen. Das ganze deutsche Vaterland hat Abgeordnete hierher gesandt, und dieselben Städte, welche das nicht gehabt haben, doch größtentheils Zuschriften mit ihren Ansichten eingeschickt über die Mittel zur geistigen und materiellen Hebung und Förderung des Gehülfenstandes, so wie überhaupt der ganzen Buchdruckerkunst. Es waren durch Abgeordnete vertreten: Köln, Berlin, Leipzig, Hamburg,

Hannover, Stuttgart, München, Bremen, Gießen, Essen, Worms, Frankenthal, Frankfurt, Augsburg, Karlsruhe, Magdeburg, Wiesbaden, Koblenz, Kreuznach, Tübingen, Ussingen, Freiburg, Liegnitz, Nürnberg, Dresden, Elberfeld, Barmen, Schwelm, Lenne, Düsseldorf, Neuss, Erefeld, Halle, Weimar, Jena, Rudolstadt, Kassel, Göttingen, Lügau, Querfurt, Bernburg, Erfurt, Aachen, Darmstadt, Heidelberg, Mannheim und Breslau. Zuschriften gingen ein von Wien, Königsberg, Hanau, Kaiserslautern, Friedberg, Tübingen, Wesel, Stuttgart, Kassel, Trier, Leipzig, Querfurt u. s. w.

— **Köln**. Der Vorstand des Central-Dombau-Vereins zeigt im Kölner Dom statt an, daß die Fortsetzung der bisherigen Dombauhäufigkeit bedroht, die Kasse erschöpft sei, nur durch Vorschüsse aus d'n vom Könige auch in diesem Jahre bewilligten Fonds von 50,000 Thlr. für Rechnung des Vereins gebaut werde, und der Baumeister erklärt, daß, wenn nicht sofort neue Hülfsmittel beschafft würden, mit dem kommenden 1. August die Bauthäufigkeit eingestellt werden müsse.

Insetrate.

Bekanntmachung.

Da nach der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 in dem gegenwärtigen Jahre wieder ein Drittheil der Stadtverordneten ausscheidet, so machen wir der Bürgerschaft hiermit bekannt: daß die Wahl der Stadtverordneten und der Stellvertreter auf Mittwoch den 21. Juni a. c. in folgenden Bezirken, nämlich:

- 1) im Sieben-Churfürsten-Bezirk,
 - 2) — Drei Berge-Bezirk,
 - 3) — Barbara-Bezirk,
 - 4) — Börsen-Bezirk,
 - 5) — Post-Bezirk,
 - 6) — Blaue Hirsch-Bezirk,
 - 7) — Johannis-Bezirk,
 - 8) — Regierungs-Bezirk,
 - 9) — Albrechts-Bezirk,
 - 10) — Magdalenen-Bezirk,
 - 11) — Elisabet-Bezirk,
 - 12) — Ursuliner-Bezirk,
 - 13) — Jesuiten-Bezirk,
 - 14) — Vincenz-Bezirk,
 - 15) — Theater-Bezirk,
 - 16) — Christophori-Bezirk,
 - 17) — Hummerei-Bezirk,
 - 18) — drei Linden-Bezirk,
 - 19) — Rosen-Bezirk,
 - 20) — Sand-Bezirk,
 - 21) — Dom-Bezirk,
 - 22) — Hinter-Dom-Bezirk,
 - 23) — Schweidnitzer-Anger-Bezirk,
 - 24) — Nicolai-Bezirk II. Abtheilung,
 - 25) — Nicolai-Bezirk I. Abtheilung,
 - 26) — Elftausend Jungfrauen-Bezirk,
 - 27) — Grüne Baum-Bezirk,
- stattfinden wird.

Der dem Wahlgeschäfte vorschriftsmässig vorangehende Gottesdienst, wird

- a. in der evangelischen Haupt- und Pfarrkirche zu St. Elisabet,
- b. in der katholischen Pfarrkirche zu St. Dorothea, und
- c. für die jüdischen Glaubensgenossen in der Synagoge abgehalten werden.

Wir laden daher alle stimmberechtigten Bürger hierdurch ein, sich den 21. Juni c. bei dem nach geendigtem Gottesdienste vorzunehmenden Wahlgeschäfte in Person einzufinden, indem eine Vertretung durch Bevollmächtigte nicht zulässig ist.

Die Stunde und der Ort der Wahl-Versammlung wird jedem stimmberechtigten Bürger durch die Bezirks-Vorsteher besonders bekannt gemacht, von jedem Ausbleibenden aber auf Grund des § 83 der Städte-Ordnung angenommen werden: daß er demjenigen beitrete, was durch die Mehrheit der bei dem Wahl-Geschäft anwesenden Bürger beschlossen werden wird.

Außerdem werden aber nach einem von uns bestätigten Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung einen jeden stimmberechtigten Bürger, welcher von den Wahlversammlungen ohne den Wahl-Commissarius und dem Bezirksvorsteher gesetzliche Abhaltungsgründe nachgewiesen zu haben ausbleiben sollte, die in den §§ 83 und 204 der

Städte-Ordnung vom 19. November 1808 bestimmten Nachtheile treffen.

Wir hegen jedoch zu sämtlichen stimm- und wahlfähigen Mitgliedern der Bürgerschaft das Vertrauen, daß sie mit gebührendem Ernst die hohe Wichtigkeit ihrer Berufung zu den Wahlen beherzigen werden, von deren Ausfalle die Erhaltung einer einsichtsvollen, erfahrenen und für das Wohl des Einzelnen wie der Gesamtheit, wirksamen Vertretung der Communal-Interessen abhängig ist.

Damit übrigens jeder unserer Mitbürger sich über seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gründlich verständigen möge, haben wir die Städte-Ordnung vom 19. November 1808 mit den unter dem 4. Juli 1832 Alerhöchst sanctio-nierten ergänzenden Nachtrags-Bestimmungen besonders abdrucken lassen und wird dieser Abdruck gegen Erlegung des Selbskostenpreises von 6 Silbergroschen für jedes Exemplar, von unserem Rathaus-Inspektor in der rathäuslichen Diener-stube verabfolgt.

Breslau, den 12. Mai 1848.

Zum Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt verordnete
Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträthe.

Bekanntmachung.

Das Ausheilen von Nummern an die Tagearbeiter während des Wollemarktes, die sich durch Annahme derselben der durch die Behörden festgestellten Taxe unterworfen, hat sowohl Seitens der Arbeitgeber, als auch der Arbeiter selbst Beifall gefunden, und diese Maßregel sich daher auch für die Zukunft bei den am hiesigen Orte stattfinden Wollemärkten empfohlen. Indem wir dies zur Kenntnis bringen, können wir nicht umhin, der besonnenen und ruhigen Haltung der hiesigen Tagearbeiter während des Wollemarktes hierdurch unsere Anerkennung auszusprechen.

Breslau, den 14. Juni 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Das Geschäftsbureau des 1. Polizei-Kommissariats befindet sich gegenwärtig in dem Hause Nr. 24, Herren-Straße.

Breslau, den 15. Juni 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

Erklärung.

In Folge meines früheren Verhältnisses zur Allgemeinen Oder-Zeitung, deren Concession und verantwortliche Redaktion ich dem dringenden Wunsche der dieses Blatt begründenden Gesellschaft gemäß vor 2 Jahren auf meinen Namen genommen hatte, ergehen auch jetzt noch von nah und fern verschiedene Anfragen über die genannte Zeitung, besonders aus dem Kreise der früheren Förderer und Abonnenten derselben, an mich. Da es mir nicht möglich ist, allen den geehrten Herren, die sich deshalb vertrauensvoll an mich gewendet, zu antworten, so erkläre ich hiermit, daß ich bereits seit fast drei Monaten mit der Redaktion der Allgemeinen Oder-Zeitung nichts mehr zu thun gehabt habe.

Breslau, 15. Juni 1848. Prof. Dr. Kuhne.

Aerztliche Association.

Der am 31. v. Mts. in Görlitz zur Förderung ihrer Standes-Interessen zusammengetretene Verein der im preußischen Staate zur ärzlichen Praxis approbierten und promovirten Medizinal-Personen hat, um durch Association seinen Bestrebungen Kraft und Wirksamkeit zu erwerben, beschlossen:

- 1) Seine Constituirung durch Veröffentlichung den Aerzten allgemein bekannt zu machen;
- 2) Diese zur Theilnahme an demselben aufzufordern;

3) Zu der nächsten allgemeinen Versammlung des Vereins am 4. Juli d. J. in dem Lokale der naturforschenden Gesellschaft auf der Petersgasse in Görlitz zur weiteren Consolidirung und definitiven Beschlusnahme einzuladen.

Iudem hiernach das Unternehmen der Theilnahme und Unterstützung der Aerzte allgemein empfohlen wird, werden dieselben zum Besuche der Versammlung in Görlitz hiermit aufgefordert oder um ihre hiesische Mittheilung über ihre Theilnahme an dem Verein unter der Adresse des königl. Sanitäts-Raths und Kreis-Physikus Herrn Dr. Lamm zu Lauban gebeten, um danach Veranlassung nehmen zu können: ihnen über das Ergebnis der Berathung weitre Nachricht zu geben, deren hauptsächlichster Gegenstand die Ermöglichung einer für das Allgemeinwohl und die Aerzte zweckmäßigeren Standes-Versammlung derselben und die so oft angeregte Medizinal-Reform sein soll, um diese im Systeme der möglichst ausgedehnten Association, als dem hierzu allein sicher führenden Wege höhern Orts vorzulegen und deren endliche Einführung ins Leben zu veranlassen. — Da dies im Interesse jedes einzelnen Arztes liegt, steht zu erwarten, daß recht viele die angezeigte Versammlung besuchen oder wenigstens schriftlich ihre Theilnahme am Verein darthun werden.

Seidenberg i. d. Ob.-Lausitz, am 12. Juni 1848.

Dr. Sintenis,
im Auftrage des Vereins.

Die Schluss-Versammlung des Subaltern-Beamten-Vereins findet Dienstag den 20. Juni d. J. Abends 6 Uhr im Saale zum deutschen Kaiser statt, wozu die auswärtigen Beamten hierdurch eingeladen werden.

Sitzung des Konstitutionellen Central-Vereins

heute Sonnabend, den 17. Juni, Abends um 7 Uhr im Wintergarten. — Wahl des Ausschusses durch mitzubringende Listen mit 20 Namen; Fortschreibung der Verhandlungen über den Verfassungs-Entwurf.

Mit Bezug an den Aufruf an alle Gewerke Schlesiens, ersuchen wir sämtliche Mittel hiesiger Stadt, ihre bereits gewählten Deputirten mit Vollmacht zu versehen, da wegen Mangel an Raum Nicht-Deputirten, als Gäste, der Zutritt zur General-Versammlung am 19. d. M. unter keiner Bedingung gestattet werden kann. Das Komité des Vereins zur Reorganisation des Handwerksstandes.

A. Rother. Ludewig. Löschburg,

Petition.

Da es der National-Versammlung in Berlin an Stoff zu wichtigen Anträgen zu mangeln scheint, so ersuchen wir Eines der geehrten Mitglieder, sei es von der Rechten oder Linken, ganz ergebenst, endlich die hochwichtige Frage: Ob wir ein einiges Deutschland oder ein einiges Teutschland erhalten werden, — zur Entscheidung zu bringen.

Ein ge etymologische Urwähler.

Anfrage.

Hat die Umwälzung der staatlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes so viel bewirkt, daß ein königl. Land- und Stadt-Gerichts-Direktor, der sich übrigens auch als Volksmann gerieren will, einen ruhigen Bürger, welcher eine bestehende Bitte an ihn richtet, im guten alten bureauratischen Styl „zum Teufel“ gehen heißt?

Deutsches Volksfest.

als Fest der Wiedergeburt Deutschlands, als Vorfeier der freien Verfassung, als Fest der Verjüngung, der Vereinigung, der Kräftigung zum innigeren Anschluß ans gesamte Vaterland, am Sonntag nach Johannis bei Lieberlang und Faltschein im ganzen Land.

Breslauer! Lässt hiermit sämtliche Körperschaften jede geben sein, Abgeordnete zu wählen zu einem Fest-Komitee. Zur Besprechung und Bestimmung der Festsordnung

für Breslau

wollen diese Abgeordneten sich versammeln

Montag den 19. d. M., Abends 7 Uhr, im

Gartensaale bei Liebich.

Schlesier! Deutsche Brüder! Wir stehen abermals in einer Morgenzeit. Vor einem Menschenalter wurden Freiheitslieder gesungen; der Freiheitstag war angebrochen; der äußere Feind war besiegt. Ein innerer Feind blieb zurück in der alten Zersplitterung und Zersetzung des Vaterlands, im selbstsüchtigen Sonderbegehr, im herrschenden Selbstverlangen der sich selbst widersprechenden Glieder des Ganzen. Und diesen Krebschäden heilen zu wollen durch Einigung der feindlichen Brüder galt sogar für staatsgefährlich, hieß Landsverrat. Ein Menschenalter — und auch dieser Feind ist auf dem Abzuge: nicht bloß einen Zollverein, einen Volksverein bilden schon die Deutschen; jener Staatenbund ist schon ein Bundesstaat. Die National-Versammlung in Frankfurt, ein Werk des verwirrten Menschenalters, ist die lang ersehnte Frucht auch jener Bestrebungen, die vordem verbrecherisch waren. Heut stehen die Regenten an der Spitze der Bewegung. Die einzelnen Staaten gehen in dem deutschen Volkstaat auf. Die Kämpfer für die Freiheit auch vor dem inneren Feinde stehen gereift vor den Thronen. Die Regenten erkennen die Einheit Deutschlands an; sie wollen die Freiheit der Deutschen abermals. — Deutschland ist also wiedergeboren; und wir haben gesehen diese erneuerte Wiedergeburt im Geiste und zum inneren Verbande, in der Einheit und zur künftigen Größe. Wir haben wirklich gesehen eine Erstlingsfrucht eines ganzen Lebens, wir haben wirklich erlebt eine Erstlingsfreude der gesammten Nation. Das zeigten die neuen Fahnen und die frohen Gesichter im Frühling. Aber die Zeit und die Arbeit rückt weiter. Es kamen auch Stürme. Und uhr kommt der Arbeit. Es kommen die Sonderinteressen. Was aber will das Sonderbegehr? Was will die schiende, rasende Selbstsucht! — Wollt doch nun nicht sein feindliche Brüder im eignen Lager! Wollt doch absagen dem ärgsten Vaterlandsfeinde! Wollt Euch zuneigen und hinwenden zu dem einenden Hauptziel! Wollt die endlich sprühende Frucht beschirmen und wahren! Wollt sie verhindern helfen! Wohl liegt ein tiefer und schwiegender Ernst, die gewichtige Sorge, die lastende Mühe auf den Tagen der Arbeit. Wenn die breiten Grundlagen zum großen Staatenbau gegeben und befestigt, wenn die Bausteine herzugetragen und zugemehlt, wenn die Säulen und Gewände zum Tempel aufgerichtet werden, da kommt es wohl, daß die äußern Lasten die beste Gesinnung zu erdrücken versuchen. Aber die treibende Liebe im Innern, die Geistesfreudigkeit an der Arbeit, wird nicht erdrückt. Ihr Element ist ja die Freiheit, und ihre Frucht, die Arbeitsfreude, wächst hervor aus dem Herzen, wie ihr äußeres Werk aus den schaffenden Händen, wie die Tempelgewände aus dem Grunde der tragenden Erde: es entsteht eine freie Verfassung. Deutschland ist wiedergeboren zur Einheit in Geist und Gesinnung, zur Einheit in freier Verfassung. Sieht da die vaterländische Erstlingsfrucht des neuen Morgens. Seht da die Erstlingsfreude in der Vorfeier der kommenden Vollendung des Aufbaus. Deutschland feiert ein Fest der Verjüngung, der Vereinigung, der Kräftigung; es feiert einen Festtag des Ausgangs. — Auf den Bergen steigen die Flammen gen Himmel, den Thälern zu verkünden: „auf den Bergen ist Freiheit.“ So mögen aus den Thälern die Feuerzeichen erwischen: daß wir nun wirklich sind „ein einig Volk von Brüdern.“ So mögen die Flammen zu Berg und Thal der Ausdruck sein von dem, was Alter Brust erfüllt und in treibender Liebe sich Bohn macht zum freudigen Schaffen und Wirken. Sie mögen ein Zeichen und Zeugniß sein von dem, was Noth thut und wirklich auch da ist zum fernen Ausbau des Tempels für die eigene Nachwelt, für die Unsterblichkeit der Gegenwart. — Ein frudiges deutsches Volksfest zur Vorfeier des Ausbaus, gehalten in allen Thälern und Dörfern von allen Ständen und Würden an Einem Tage und Abend unter dem großen freien Himmelszelt, gebe in den aufsteigenden Feuerzeichen öffentlich Runde von der erneuerten Wiedergeburt Deutschlands, von dessen erneuertem Volksthum! — In dem Zeichen seid gerufen zur Einheit und zur Kraft, zum Frieden und zum Segen, zur Freude und zur Frische. Seid gerufen zu Stadt und Land in allen Ständen und Geschäftsräumen zur Vaterlandsliebe, zur Vaterlandsfreude. Ein Volksverband, Ein Festgesang, Ein Freudenruf. Auch Schlesien zu Deutschlands Fahne. Sagt es aus am Sonntag nach Johannis und halte's fest in Ewigkeit.

Das provvisorische Comité.

Im Verlage von Graß, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch J. F. Siegler:

Spezial-Karte der königl. preuß. Provinz Schlesien und der Grafschaft Glatz, entworfen und gezeichnet von

F. J. Schneider,

Ober-Feuerwerker in der königl. preuß. 6. Artillerie-Brigade.
Mit besonderer Hervorhebung der vorhandenen und im Bau begriffenen Eisenbahnen, der Staats- und Privat-Chausseen, Kiesstrassen und Kommunikations-Wägen.

4 Fuß 4" breit, 3 Fuß 13" Rheinl. hoch, in 4 Blättern.

Preis illuminirt 4 Rtl.

Neisse-Brieger Eisenbahn.

Die Herren Aktionäre der Neisse-Brieger Eisenbahn, welche bereits die vollen Aktien eingezahlt, und demgemäß die Original-Aktien in Empfang genommen haben, können die ult. Juni d. J. fälligen halbjährigen Zinsen gedachte Aktien, in der Zeit vom 3.—15. Juli d. J. in der Hauptkasse der Gesellschaft auf dem obercisleischen Bahnhofe, Vormittags von 8 bis 1 Uhr, gegen Abgabe des Zins-Coupons Nr. 1 mit zwei Thlrn. pro Aktie erheben.

Das Direktorium.

Im Verlage von Graß, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch J. F. Siegler:

Erzählungen aus der Geschichte alter und neuer Zeit, mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands und der christlichen Kirche.

Zur Erweckung des Sinnes für Geschichte.

Von Karl Julius Löschke,

vormal. Lehrer am königl. evang. Schullehrer-Seminar in Breslau.

8. 12½ Sgr.

Avis.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich meine, Elisabet-Straße Nr. 6 in Breslau, bestehende Commandite mit Ende dieses Monats auflösen, und das daseinst bisher unterhalte Lager von Posamentir- und Metallwaren dem Herrn Eduard Bitter in Breslau, Junfernstraße Nr. 8, erste Etage, in Commission geben werde.

N. Schäff, Posamentirwaren-Manufaktur.

Restauration, Schmiedebrücke Stadt Warschau,
heute und morgen (Sonnabend und Sonntag) Konzert von Harfenistinnen.

Theater-Repertoire.

Sonnabend: „*Lucrezia Borgia*.“ Dramatische Oper in 3 Aufzügen, Musik von Donizetti.

Als der unterzeichnete Verein dem hochgeehrten Publikum die erste Einladung zur Teilnahme an der Abonnements-Verlosung vorlegte, war er der Hoffnung, daß die Genehmigung des hochlöblichen königlichen Oberpräsidiums zur Realisierung des betreffenden Planes hinreichend sein würde. Leider Mai wurde dem Vereine jedoch mitgetheilt, daß das königl. Ober-Präsidium zur Ertheilung der nöthigen Erlaubnis nicht ermächtigt sei, sondern das betreffende Gesuch den Ministerien des Innern und der Finanzen vorgelegt werden müsse und auch bereits eingefordert sei. Zur schleunigsten Betreibung der Angelegenheit sandten wir unsern Kollegen Herrn Isoard deshalb nach Berlin. Doch mußte die bereits zum 13. Juni festgesetzte Ziehung ausgesetzt werden. Dem Eifer unseres Abgesandten gelang es, unterstützt durch die gewichtige Verwendung unseres Ober-Präsidenten Herrn Pinder, die gewünschte Resolution in kürzer Frist zu erlangen. — Die Verlosung ist nun von Donnerstag den 22. d. M. an festgesetzt und findet an drei hintereinander folgenden Abenden in Verbindung einer Vorstellung statt. Die Einzählung der Lose sowie Gewinne, eben so die Ziehung selbst wird unter Aufführung königl. Polizeibeamten stattfinden. Jeder Inhaber eines Loses erhält an diesen Abenden die Entréebillets um die Hälfte des gewöhnlichen Preises, jedoch findet der Verkauf der so ermäßigten Billets nur im Theater-Bureau gegen den Vor Preis des Loses in den gewöhnlichen Geschäftsstunden statt. Auch werden für diese drei Abende ausnahmsweise Parterre-Billets im Bureau ausgegeben. An der Kasse treten die vollen Preise ein, eben so sind Gallerie und Gallerie-Lage der Ermäßigung ausgeschlossen, und erstreckt sich selbig nur auf die zur Verlosung kommenden Plätze. — Noch hält es der Verwaltungs-Ausschuß den geehrten Theilnehmern und Interessenten gegenüber für seine Pflicht, hiermit öffentlich von seiner bisherigen Wirklichkeit Rechenschaft abzulegen.

An Novitäten kommen in nächster Zeit zur Aufführung: „Der Pfarrherr“, Zeitgemäld von Charlotte Birch-Pfeiffer (in Hamburg in dem Zeitraume von 17 Tagen bereits 10 Mal wiederholt); „Der Rückfall“, Lustspiel von P. Werner; „Die Parlamentswahl“, Schauspiel von Marr, und Schmidt's überall Sensation erregende Oper „Prinz Eugen“. Neu einstudiert werden: „Das bemooste Haupt“, neu arrangierte von W. Isoard, mit passenden Musikstücken und Entreats von Heinze; „Don Juan“ und „Wasserträger.“ Das Damenpersonal im Schauplatz wird durch mehrere junge und talentvolle Damen verstärkt, mit denen die nöthigen Gastspiele resp. Engagements bereits abgeschlossen sind.

Mit den drei beliebtesten Mitgliedern der Königsstadt, Herrn und Mad. Grobecker und Herrn L'Arronge ist für den Monat August ein Gastspiel abgeschlossen; die Unterhandlungen mit dem Bassisten Hrn. Formes, Frzn. Tucek und Hrn. Döring sind dem Abschluß nahe, eben so hat Hr. Beckmann ein Gastspiel in Aussicht gestellt. — Der Verwaltungs-Ausschuß gibt das Versprechen, Alles aufzubieten, um in künstlerischer Hinsicht das hiesige Theater auf dem bis jetzt ehrenvoll eingenommenen Standpunkte zu erhalten, und ist der frohen Hoffnung, daß das geehrte Breslauer Publikum es an der zur finanziellen Befestigung nöthigen Theilnahme gewiß nicht werde fehlen lassen.

Der Verwaltungs-Ausschuß des hiesigen Stadt-Theaters.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am 14ten d. M. vollzogene eheliche Verbindung beecken wir uns Verwandten und Freunden hiermit ergeben zu anzeigen.

Breslau, den 16. Juni 1848.
Hermine Neugebauer, geb. Pantell.
Gustav Neugebauer, Pastor in Schossdorf.

Entbindungs-Anzeige.

Heute früh wurde meine geliebte Frau, geb. Olearius, von einem gesunden Sohne glücklich entbunden.

Berlin, den 15. Juni 1848.

Golddammer, Kammergerichts-Rath.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Morgen hier selbst erfolgte glückliche Entbindung unserer Tochter Henriette, verehelichte v. Brixen, von einem gesunden Knaben, zeigen wir in unserm und deren abwesenden Chemanns Namen, statt jeder besondern Meldung, ergeben an.

Baumgarten bei Frankenstein,
den 15. Juni 1848.

Der Domänen-Direktor Platner
nebst Frau.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, geb. von Prittwitz, von einem gesunden Knaben, beeckre ich mich ergeben zu anzeigen.

Döls, am 15. Juni 1848.

M. von der Besswörde,

D.-E.- und F.-G.-Assessor.

Entbindungs-Anzeige.

Heute früh 7 Uhr wurde meine liebe Frau Friederike, geb. Löwi, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Dies Verwandten und Freunden, statt besonderer Anzeige.

Breslau, den 16. Juni 1848.

S. P. Freund.

Todes-Anzeige.

Nach langen Leiden entstieß heute sanft und plötzlich an einem Schlagflus die treue Pflegerin unserer Kinder, Mademoiselle Anna Gasser aus Iverdon. Dies zeigen wir ihren vielen Freundinnen hiermit an.

Maria-Hofchen, den 14. Juni 1848.

v. Wallenberg und Frau.

Die Ausstellung der weiblichen Arbeiten zum Besten der Armut in Breslau, Oberschlesien und dem Gauengebirge hat sich zwar einer sehr lebhaften Theilnahme zu erfreuen gehabt, es sind aber nichtsdestoweniger, bei dem Reichthum der Beiträge, am Schlusse derselben noch eine Menge Sachen unveräußert geblieben. Sie sollen nunmehr auf dem Wege der Verlosung ihren Besitzer finden.

Wir haben deswegen die Veranstaltung getroffen, daß für alle Dienstigen, welche der allgemeinen Notth ihre Theilnahme noch durch einen kleinen Geldbetrag zuwenden wollen, Lose à 5 Sgr. in der Kunsthändlung des Herrn Karsch, auf der Provinzial-Ressource, im Zwinger-Garten, in der Buchhandlung des Herrn Aberholz, in der Handlung des Herrn Hainauer, Ohlauer Straße, in der Buchhandlung des Herrn Hirt, in der Buchhandlung des Herrn Marx u. C. in der Kleiderhandlung des Herrn Wiener, Ohlauer Straße zur Erwerbung bereit liegen.

Breslau, den 16. Juni 1848.

Das Damen-Komite.

Cirque olympique.

Wegen Einrichtung meines neuen Cirkus in Dresden werde ich hier selbst auf vielseitiges Verlangen mehrerer hoher Herrschaften noch zwei Vorstellungen geben, und zwar: Sonnabend, den 17ten d. M., die vorletzte, zum Benefiz der Familie Dalton, und Sonntag, den 18ten d. M., unwiderruflich zum letzten Male, wobei sämtliche Mitglieder der Gesellschaft alles aufzubieten werden, um diese Vorstellungen durch ihre Leistungen ganz besonders auszuzeichnen.

A. Guerra, Direktor.

An R. K.

Stets denk' ich Dein,
Du bist mein seligster Gedanke!!
Noch hoffe ich,—
Vergiß — mein — nicht.

A.

Anfrage.

Kann jemand vielleicht Auskunft geben, wie sich Herr Wit v. Döring in Berlin befindet?

u. a. w. g.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

1. Herrn Nowicki,
2. Fürstbischof,
3. J. L. Kroh u. Comp.,
4. Victor Koppel u. Comp.,
5. Schuhmacher Nauwald,
6. Maschinenbau-Gehülfen R. Arndt,
7. Schneidermeister Rosel,
8. Referendarius Villa,
9. Cohn,
10. Friedrich Gloge,
11. Fräulein Louise Hartmann,
12. Frau Majorin von Brunk,
13. Herrn von Osswald,
14. Schuhmacher Richter,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 16. Juni 1848.

Stadt-Post-Expedition.

Bier Friedrichsdor Belohnung.

Gestern Abend um 8 Uhr sind auf dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofe nachstehende 19 Stück Sola-Wechsel, in einem Papier eingeschlagen, abhanden gekommen und zwar auf:

M. Zweigbaum in Warschau	1058 At.	4 Sgr.
dito	646	= 17 =
E. H. Rosenthal	747	= 14 =
dito	420	= 21 =
Moses Gederbaum	445	= 5 =
dito	200	=
Leibel Lubelsky	338	= 15 =
dito	603	= 19 =
H. L. Sachsenhaus	239	= 6 =
M. Goldsbaum	178	= 15 =
D. M. Silberberg	706	= 3 =
dito	650	= 10 =
Jacob Biegelberg	129	=
S. M. Silberg	400	=
R. Winaver	80	=
S. Hassfeld	dito 2 Stk.	
	über 320	=
L. Jacobsohn u. Co.	620	=
Minute	200	=

und ein Paß aus Berlin vom 8. Juni für Isidor Wasch nach Warschau. Der ehrliche Finder erhält obige Belohnung, wenn er solches beim Kaufmann R. P. Nathan, Schweidnitzerstraße in der Apotheke abgibt.

Breslau, den 16. Juni 1848.

Zum Wurst-Abendbrot und Tanz laden auf Sonntag den 18. Juni ergeben ein:

N. Scholz, Gastwirth in Hünen,

vormals König.

Nachstehende verschollene:

1. der am 18. Juni 1793 geborene Sohn des verstorbenen Fleischermeisters Georg Noll zu Ratibor, Fleischergesell Johann Georg Noll, welcher sich im Jahre 1824 von Ratibor entfernt hat, im September desselben Jahres zu Mezgorowa im Königreiche Polen wegen Bagabondirens verhaftet gewesen und seitdem verschollen ist;
2. der am 21. Juli 1804 geborene Handlungsbuchhalter Sebastian Seyfried, ein Sohn des zu Deutsch-Crawarn, Ratiborer Kreises, verstorbenen Schuhlehrers Matthias Seyfried, welcher zuletzt in Oppeln in Condition gestanden und sich von dort im Jahre 1829 oder 1830 entfernt und in die österreichischen Staaten begeben hat und seitdem verschollen ist;
3. der Häusler Matthes Jaworek aus Eichau, Plessier Kreises, verstorbenen unverehelichten Helena Kostka resp. am 8. Aug. 1803 und 20. September 1809 geboren, welche sich vor oder bald nach dem im Jahre 1826 erfolgten Tode ihrer Mutter von Binkowic in die österreichischen Staaten begeben haben und seitdem verschollen sind;
4. die Gebrüder Johann Christoph Gottlieb und Bartholomäus Löbel, am 4. Januar 1804 und resp. am 17. August 1810 geboren, Söhne des zu Lest verstorbenen Schmieds Matthes Löbel, welche im Jahre 1812 mit ihrem Vater nach Myślowic verzogen, von wo letzterer nach 5—6 Jahren ohne seine Söhne zurückkehrte, welche seitdem verschollen sind;
5. der Sohn des zu Peiskretscham verstorbenen Töpfermeisters Anton Ibrig oder Uebig, Namens Johann Thadäus, geboren am 24. Oktober 1785, welcher sich von Peiskretscham seit ungefähr 40 Jahren entfernt hat, im Jahre 1811 Soldat in Kosel gewesen, dort verschwunden sein soll und seitdem verschollen ist;
6. der Webergeselle Anton Philipp, Sohn des Kleinweber Philipp zu Peiskretscham, welcher vor 28 Jahren von dort nach Posen verzogen, dort in einem Salzmagazin gearbeitet haben soll und seitdem verschollen ist;
7. der Webergeselle Anton Philipp, Sohn des Kleinweber Philipp zu Peiskretscham, welcher vor 28 Jahren von dort nach Posen verzogen, dort in einem Salzmagazin gearbeitet haben soll und seitdem verschollen ist;
8. der am 19. Januar 1804 geborene Tuchmachergeselle Johann Swierzina, Sohn des Robotgärtners Mathäus Swierzina zu Neugarten bei Ratibor, welcher vor 12 Jahren in das Bat zu Trentschin in Ungarn gereist und seitdem verschollen ist;
9. der am 9. März 1800 geborene Tischlergeselle Friedrich Wilhelm Strauß aus Rösnitz, Leobschützer Kreises, Sohn des dasselb verstorbenen Schuhlehrers Johann Gottfried Strauß, welcher im Jahre 1832 von Rösnitz angeblich nach Ungarn auf die Wanderschaft gegangen und seitdem verschollen ist;
10. der aus Pleß gebürtige Böttcherlehrling Heinrich August Müller, Sohn des Nagelschmieds Gottfried Müller zu Bielitz, welcher sich im Jahre 1830 aus Pleß entfernt hat, nach Polen gegangen sein soll und seitdem verschollen ist;
11. der den 27. November 1788 geborene Kleinweber Andreas Maly aus Kranowitz, Ratiborer Kreises, welcher im Jahre 1803 ausgewandert und seitdem verschollen ist;
12. der Sohn des zu Schammerwitz, Ratiborer Kreises, verstorbenen Häuslers Albert Klein, Namens Franz, geboren am 15. Juli 1807, welcher sich von dort im Frühjahr 1837 nach Polen gefestigt worden ist, und die Masse, welche vorzüglich aus dem Grundstück Nr. 65, von Karthaus und dem Mobiliar vermögen konstituiert wird, eine Unzulänglichkeit von 2392 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf. ergeben dürfte. Alle etwaigen unbekannten Gläubiger des Tischlermeisters Rudolph Keil jun. werden daher vorgeladen, in termino den 29. August d. J. Vormittags um 10 Uhr, vor dem Deputirten Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Hoffmann in dem Parteizimmer hier selbst entweder persönlich oder durch mit vollständiger Information und gefälliger Vollmacht versendete Mandatarien aus der Zahl der hiesigen Justiz-Kommissarien, von denen bei etwaniger Unbekanntshaft die Herren Justizrat Hesse und Justizkommissarius Puze in Vorbrag gebracht werden, zu erscheinen, ihre Forderungen anzumelden und gehörig zu bezeichnen, sich auch über die Beibehaltung des vorläufig bestellten Interims-Curators Justizkommissarius Warschow zu erklären, oder auch ihre Wahl auf einen andern der hiesigen Justiz-Kommissarien zu richten, und demnächst das Weiter zu gewähren. Besonders ist es, indem zugleich im Termin und fünfzigthän über mehrere Gegenstände ein Beschlus gefaßt werden muß, durchaus erforderlich, daß die Gläubiger, insofern sie den Verhandlungen nicht persönlich beiwohnen können, einen Mandatar mit gerichtlicher, alle etwa vorkommenden Gegenstände und Deliberationen umfassenden Special-Vollmacht versehen, sonst sie bei allen dergleichen Deliberationen und Beschlüssen gar nicht weiter zugezogen, vielmehr als den Beschlüssen der übrigen Gläubiger und den hiernach zu treffenden Verfügungen bestimmt geachtet werden sollen. Diejenigen Gläubiger, welche sich bis zu oder in dem Termin nicht melden, werden bald nach demselben, in Gemäßheit der allerhöchsten Königlichen Kabinets-Ordre vom 16. Mai 1825, mit allen ihren Ansprüchen an die Masse präcludirt, und es wird ihnen deshalb gegen die übrigen Creditoren ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.
13. der Häuslersohn Thomas Skura aus Kranowitz, Ratiborer Kreises, geboren den 7. Dezember 1790, welcher im Jahre 1812 angeblich, um sich dem Kriegsdienste zu entziehen, nach Österreich geflüchtet und in Jaget oder Holaszowic bei Troppau, in Dienste getreten sein soll, wo er sich verheirathet und später mit seiner Frau in Kreuzdorf seinen Wohnsitz unter dem Namen Torezik alias Tureczka aufgeschlagen, dasselbst oder bei Troppau auch mit Hinterlassung zweier Töchter gestorben sein soll; und
14. der Galanteriewaren-Händler Felix Pohl, welcher zu Pogrzeshin, Ratiborer Kreises, vor etwa 67 Jahren geboren ist und sich seit länger als 10 Jahren aus seinem Wohnorte Ober-Slogau entfernt

und nach den letzten Nachrichten vor etwa 13 Jahren in Krakau aufgehalten hat, seitdem aber verschollen ist, und deren etwa zurückgelassene Erben oder Erbenheimer werden hiermit öffentlich vorgeladen, sich binnen 9 Monaten, spätestens aber in dem auf den

29. September 1848, Vormittags

11 Uhr, vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Meisterdarius Mier angezeigten Termine schriftlich oder persönlich in dem hiesigen Ober-Landesgerichtsgebäude zu melden und die weiteren Anweisungen zu gewähren.

Diejenigen verschollenen, welche weder erscheinen, noch sich schriftlich melden, werden für tot erklärt, demnächst aber wird ihr Vermögen den alsdann bekannten Erben derselben, oder in Ermangelung solcher, der dazu berechtigten öffentlichen Behörde zugesprochen und zur freien Verfügung verfolgt werden. Den Vorgeladenen werden zu ihrer Vertretung die hiesigen Justiz-Kommissarien Glaesel, Burrow und Engelmann in Vorschlag gebracht.

Ratibor, den 5. August 1847.

Königliches Ober-Landesgericht.

Menshausen.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Vorschriften des § 137 und folg. Tit. 17. Thl. I. des Allg. Landr. wird den unbekannten Gläubigern der hier selbst am 26. Januar 1848 gestorbenen verw. Kaufmann Joachimsohn, Golde Rebeka, geb. Scheffel, die bevorstehende Heilung ihres Nachlasses hierdurch bekannt gemacht, mit der Aufforderung, ihre Ansprüche binnen 3 Monaten geltend zu machen, widrigfalls sie damit nur an jeden der Erbinteressenten nach Verhältnis seines Erbteils werden verwiesen werden.

Breslau, den 31. Mai 1848.

Königl. Stadtgericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Es wird beabsichtigt, die Beschaffung des circa 1000 Klaftern betragenden Bedarfs an weichem Brennholz für die hiesigen Kasernen, Wachten, das allgemeine Garnison-Lazareth etc. pro 1849 im Wege eines Submissions- und Licitations-Berfahrens zu bewirken und wird hierzu ein Termin auf den

26. d. M. Vormittags 10 Uhr

in unserem Geschäfts-Lokal, Kirchstraße Nr. 29 anberaumt.

Indem wir Lieferungslustige hierdurch einzuladen, ihre schriftlichen Offerten versiegelt vor Gründung des Termins an uns abzugeben und zu diesem selbst zu erscheinen, bemerken wir, daß die der Lieferung zum Grunde gelegten Bedingungen vorher täglich bei uns eingesehen werden können.

Breslau, den 15. Juni 1848.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Proklamation.

Von dem unterzeichneten königlichen Land- und Stadt

